

Follow-up questions related to the OSCE/ODIHR assembly monitoring exercise in Hamburg 2-9 July 2017

Anschlussfragen im Zusammenhang mit der OSZE/BDIMR Beobachtungsmission bei Versammlungen in Hamburg 2-9 Juli 2017

Vorbemerkung

Im Zeitraum der polizeilichen Einsatzmaßnahmen beim G20-Gipfel vom 22.06.2017 bis zum 09.07.2017 fanden insgesamt 138 demonstrative Aktionen und elf Veranstaltungen mit G20-Bezug statt. Die weit überwiegende Zahl an demonstrativen Aktionen und Veranstaltungen verlief friedlich und konnte ohne Beschränkungen besttigt und ohne Vorkommnisse durchgeführt werden. Lediglich bei ganz vereinzelten Versammlungen kam es zu Kontroversen im Vorfeld und letztlich auch zu Auseinandersetzungen im Verlauf der Versammlung.

I.A. General questions:

1.) How would you describe the working conditions of the police officers engaged in the policing of the assemblies? Were any officers injured in relation to policing protests that took place in the context of G20? How long were the shifts?

Wie würden Sie die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten beschreiben, die an der Beaufsichtigung der Versammlungen beteiligt sind? Wurden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Verbindung mit der Beaufsichtigung der G20 Proteste verletzt? Wie lange dauerten die Einsatzschichten?

Möglichst optimale Rahmenbedingungen sind von hoher Bedeutung, um große polizeiliche Einsatzzlagen erfolgreich zu bewältigen. Dazu zählen die bestmögliche Ausstattung der Einsatzkräfte mit Schutzkleidung, die Verfügbarkeit der für den zu bewältigenden Einsatz erforderlichen Ausrüstung und technischen Einsatzmittel, die Vorplanung des erforderlichen Kräftebedarfes und der Einsatzzeiten, aber auch logistische Maßnahmen wie Unterbringung und Verpflegung von Einsatzkräften.

Für die Einsatzkräfte waren im Vorwege des G20-Gipfels die bestmöglichen Rahmenbedingungen geschaffen worden, der eingetretene Einsatzverlauf war jedoch nicht vorhersehbar. In diesem Zusammenhang aber konnte insbesondere festgestellt werden, dass die Schutzausstattung der Einsatzkräfte offensichtlich dazu beigetragen hat, trotz massivster Gewalteinwirkung des polizeilichen Gegenübers schwere und lebensbedrohliche Verletzungen zu verhindern.

Im Einsatzzeitraum vom 22.06.2017 bis zum Morgen des 10.07.2017¹ verletzten sich 797 Polizeibeamte/-innen, darunter sind 671 Verletzungen, die auf Gewalttätigkeiten gegen die Einsatzkräfte zurckgeführt werden können. Darüber hinaus waren 202 erkrankte Polizeibeamte/-innen zu verzeichnen. Neben alltäglich auftretenden „normalen“ Erkrankungen (z. B. Kopfschmerzen, Übelkeit/Erbrechen etc.) traten insbesondere Erschpfungszustände und Kreislaufprobleme auf, für welche die starken Anforderungen durch die Einsatzdauer in Kombination mit der zu tragender Schutzkleidung bei hohen sommerlichen Temperaturen ursächlich waren.

¹ Entspricht dem Zeitraum, in dem der Polizeiführer mit dem Führungsstab der Polizei Hamburg den Einsatz im Rahmen der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) „Michel“ geleitet hat. Eine gesonderte Auswertung für den Betrachtungszeitraum der OSZE/ODIHR-Beobachtermmission (2. bis 9. Juli 2017) wurde nicht vorgenommen.

Für den Einsatzzeitraum waren für die Einsatzkräfte grundsätzlich Dienstzeiten von 12 Stunden (ohne An- und Abfahrt von der Unterkunft zum Einsatzort) vorgeplant. Aufgrund der sich an den Einsatztagen 06.07. – 08.07.2017 entwickelten Lage mussten mehrere Polizeieinheiten ununterbrochen 15 und mehr Stunden Dienst verrichten. Darüber hinaus wurden am 07.07. weitere Einsatzkräfte nach einer sehr kurzen Ruhezeit von zwei bis drei Stunden alarmiert und eingesetzt. Es ergaben sich dann in Einzelfällen erneute lange Dienstzeiten von deutlich über 12 Stunden.

2.) Please describe the pre-deployment arrangements for police officers engaged in the policing of the assemblies? Did they receive training specific to the task before assuming their responsibilities? If so, what kind? Given the involvement of officers from other states and countries, was there any joint training? What pre-deployment information or briefings were given to them (both content and how this was delivered)?

Bitte beschreiben Sie die Vorbereitungsmaßnahmen für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die an der Beaufsichtigung der Versammlungen beteiligt sind. Haben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor dem Einsatz ein aufgabenspezifisches Training erhalten? Wenn ja, was für Trainings wurden durchgeführt? Gab es angesichts der Mitwirkung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus anderen Bundesländern und Staaten ein gemeinsames Training? Welche Informationen oder Einweisungen wurden ihnen vor dem Einsatz gegeben (Inhalte und Übermittlungsformat)?

Grundsätzlich sind die Ausbildungsinhalte der Einsatzkräfte der Polizeien des Bundes und der Länder einheitlich in Polizeidienstvorschriften (PDV) geregelt, insbesondere in der PDV 100 (Führung und Einsatz der Polizei) und der PDV 201 (Aus- und Fortbildung für die Verwendung in Einsatzeinheiten). Die Polizeien des Bundes und der Länder führen auf dieser Grundlage jeweils für ihre Einsatzkräfte reglementierte Aus- und Fortbildungsvorhaben durch.

Bei besonderen Einsatzlagen unterstützen sich die Bundespolizei und die Polizeien der Länder gegenseitig. Durch die einheitlich geregelte Aus- und Fortbildung sowie die gemeinsame Einsatzerfahrung sind gemeinsame Trainings nicht erforderlich, die Zusammenarbeit gestaltet sich unproblematisch. Die sich aus dem Föderalismus ergebenden unterschiedlichen rechtlichen Regelungen werden den Unterstützungskräften vor Einsatzbeginn vermittelt.

Speziell für den G20-Einsatz gab es in Hamburg aber länderübergreifende gemeinsame Übungen bei den Maritimen Einsatzeinheiten (MEE) und den Tauchergruppen. Zwar verfügen diese Spezialkräfte ebenfalls über einen einheitlichen Ausbildungsstandard, den auswärtigen Einsatzkräften sollten aber im Rahmen dieser Übung insbesondere das Einsatzgebiet als auch die besonderen Einsatzbedingungen auf den Wasserstraßen in Hamburg nahe gebracht werden.

Die Unterstützungskräfte aus dem europäischen Ausland wurden im Rahmen von Kooperationsgesprächen und bilateralen Vereinbarungen auf den Einsatz in Hamburg vorbereitet. Zudem wurden die Unterstützungskräfte aus Österreich vorab durch Vertreter der Polizei Hamburg in ihrem Heimatland aufgesucht und unterwiesen. Im Rahmen von eigens dafür anberaumten Einsatzbesprechungen wurden alle für den G20-Gipfel der Polizei Hamburg unterstellten auswärtigen Kräfte vor Einsatzbeginn detailliert in die Rechtslage und ihren Auftrag eingewiesen.

3.) What was the reason for using Austrian officers for 'arrests' rather than German police officers?

Was waren die Beweggründe Festnahmen von österreichischen Beamten durchführen zu lassen und nicht von deutschen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten?

Zur Bewältigung des Einsatzes anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg war es erforderlich, Spezialkräfte und spezielles Einsatzgerät aus dem europäischen Ausland anzufordern und auch einzusetzen. Dabei handelte es sich insbesondere um Spezialeinheiten und Verkehrskräfte. Zum Einsatz von Einsatzkräften aus dem europäischen Ausland wird auf die Regelungen des Vertrages von Prag vom 27. Mai 2005 und den ergänzende EU-Ratsbeschluss 2008/615/JI vom 23. Juni 2008 verwiesen.

In Hamburg werden die Befugnisse der auswärtigen Einsatzkräfte im § 30a des Hamburgischen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) geregelt. Auswärtige Einsatzkräfte (auch ausländische unterstellte Kräfte aus benachbarten EU-Ländern) haben demnach im Rahmen des Einsatzes, für den sie angefordert wurden, dieselben Zuständigkeiten, Rechte und Befugnisse wie die Polizeibeamtinnen und -beamten der Polizei Hamburg.

Eine etwaige Festnahme durch die österreichischen Einsatzkräfte während des G20-Einsatzes erfolgte somit rechtmäßig im Rahmen ihres Auftrages.

4.) Given that there were units from other States using tactics that are not normally used in Hamburg, was there a specific guidelines on 'use of force' in place for this operation? If so, could you share it with us?

Gab es angesichts der Tatsache, dass in Hamburg auch Einheiten aus anderen Bundesländern vor Ort waren, die Taktiken verwendeten, die normalerweise nicht in Hamburg angewandt werden, spezifische Richtlinien für die Anwendung von Gewalt während des Einsatzes? Wenn ja, könnten Sie diese Richtlinien nennen?

Für alle in Hamburg eingesetzten Kräfte galten die Regelungen des SOG, die Frage aufnehmend, speziell die Bestimmungen des Dritten Teils (§ 17 ff.) zur Anwendung unmittelbaren Zwangs. Da die Mehrzweckwaffe zwar nach dem SOG zulässig, jedoch kein gängiges Einsatzmittel der Polizei Hamburg ist, wurde ein Einsatz beim G20-Gipfel grundsätzlich vom Polizeiführer ausgenommen. Die in Hamburg eingesetzten auswärtigen Einsatzkräfte wurden zudem im Rahmen von Einsatzbesprechungen in ihren Auftrag und die jeweiligen taktischen Vorgaben eingewiesen, siehe auch Antwort zu 7.

5.) Could you please share with us more details about the command structure? What levels of command ranks were in place and what kind of decision making authority was attributed to these ranks? Who was responsible for the strategic plan concerning the policing of the G20 Summit related assemblies? On what level were tactical plans developed? Are these plans approved by the overall commander or other senior authority within the Hamburg police? Would you be willing to share some planning example documents – i.e. Strategic Intentions or Outline Tactical Plan with us?

Wäre es möglich weitere Informationen über die Befehlsstruktur zu erhalten? Welche Dienstgrade waren vertreten und welche Formen von Entscheidungsbefugnissen wurden den einzelnen Dienstgraden zugewiesen? Wer war für den strategischen Plan zur Beaufsichtigung der Versammlungen im Rahmen des G20-Gipfels verantwortlich? Auf welcher Ebene wurden taktische Pläne entwickelt? Sind diese Pläne von der Einsatzleitung oder einer anderen hochrangigen Dienststelle / Abteilungen innerhalb der Hamburger Polizei genehmigt? Wären Sie bereit, uns einige Planungsbeispieldokumente mitzuteilen, z.B. strategische Absichten oder Entwurfe taktischer Pläne?

Der Einsatz der Polizei Hamburg anlässlich des G20-Gipfels wurde unter Leitung des designierten Polizeiführers für diesen Einsatz durch einen Vorbereitungsstab geplant. Dort wurde die Struktur des Gesamteinsatzes entwickelt und ausgestaltet. Die Struktur eines Einsatzes

wird in der Regel in Form einer sogenannten Besonderen Aufbauorganisation (BAO) abgebildet. Siehe hierzu die Darstellung der Einsatzabschnitte (EA) der BAO „Michel“ für den G20-Einsatz unter folgendem Link, dortige Seite 146: https://www.buergerschaft-hh.de/parl-dok/dokument/63868/konsequenzen_aus_der_aufarbeitung_der_gewalttaetigen_ausschreitungen_rund_um_den_g20_gipfel_im_sonderausschuss_der_hamburgischen_buergerschaft.pdf

Neben der Polizei Hamburg wurden durch das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei parallele BAO für ihre Zuständigkeitsbereiche entwickelt.

Sowohl der Polizeiführer der Polizei Hamburg als auch die EA-Leiter waren bis auf eine Ausnahme (EA Technik) Angehörige des höheren Dienstes und weit überwiegend im Rang eines Leitenden Polizei- oder Kriminaldirektors bzw. eines Polizeidirektors.

Der Polizeiführer für den G20-Einsatz hat frühzeitig die Leiter der EA namentlich festgelegt und ihnen im Rahmen der sogenannten Auftragstaktik die Verantwortung für die Ausgestaltung ihres Zuständigkeitsbereiches übertragen. Entsprechend wurden auch die Entscheidungsbefugnisse auf die EA-Leiter delegiert.

Versammlungen und Demonstrationen in Zusammenhang mit dem G20-Gipfel fielen in den Zuständigkeitsbereich des EA Gegenveranstaltungen. Die Einsatzvorbereitungen und Einsatzplanungen erfolgten im regelmäßigen Austausch mit dem Polizeiführer und seinem Vorbereitungsstab.

6.) We were advised that in case of incidents where a decision regarding an intervention was required to be made (such as police requiring protestors to remove masks), a discussion would take place between the overall commander and an officer on the ground. What type of decisions can be made without recourse to the overall commander?

Uns liegen Informationen vor, dass im Falle von Zwischenfällen, bei denen eine Entscheidung über eine potenzielle Polizeiintervention getroffen werden muss (z.B. eine polizeiliche Anweisung an Demonstranten Gesichtsverhüllungen zu entfernen), eine Diskussion zwischen der Einsatzleitung und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort stattgefunden hat. Welche Art von Entscheidungen können von den Verantwortlichen vor Ort unabhängig von der Einsatzleitung getroffen werden?

Entscheidungen lagen stets in der Verantwortung der zuständigen EA-Leitung. Diese standen in ständigem Kontakt mit dem Polizeiführer. In Zusammenhang mit Versammlungen / Demonstrationen bestanden jedoch sogenannte Polizeiführer-Vorbehalte, das heißt, dass zwar grundsätzlich mit Auftragstaktik zu führen ist (siehe auch Antwort zu 5.); die Notwendigkeit jedoch bestehen kann, dass der Polizeiführer sich Entscheidungen vorbehält bzw. Vorgaben macht. Daher oblag dem Polizeiführer die Entscheidung

- ☐ zur Bestatigungen, Auflösungen und Marschwegänderungen von Versammlungen / Demonstrationen
- ☐ über die Anwendung des Sammelverfahrens bei freiheitsentziehenden Maßnahmen

7.) We were advised that the use of water cannon is a tactic that is often used by the police in Hamburg, rather than resorting to either tear gas or plastic bullets. We were then briefed that some units from other states had brought this equipment and used it in disorder situations.

Wir wurden informiert, dass die Polizei in Hamburg taktisch eher Wasserwerfer verwendet, als Tr nengas oder Plastikgeschosse einzusetzen. Wir wurden au erdem darauf hingewiesen, dass einige Einheiten aus anderen Bundesl ndern diese Ausr stung mitgebracht und es in kritischen Situationen eingesetzt haben.

- Does the overall commander for the operation set tactical parameters, i.e. indicating which type of equipment may or may not be used?

Macht die Einsatzleitung taktische Angaben, welche Ausr stung verwendet werden darf und welche nicht?

- Was the overall commander aware that these units were bringing this equipment?

Wusste die Einsatzleitung, dass die externen Einheiten diese Ausr stung mitbrachten?

- If 'Yes' – why was equipment which is not normally used in the state permitted? Does the overall commander have experience of using these tactical options if they are not normally deployed in Hamburg?

Wenn Ja Warum war Ausr stung, welche normalerweise nicht in Hamburg genutzt wird, erlaubt? Verf gt die Einsatzleitung ber die Erfahrung im Umgang mit diesen taktischen Optionen, wenn sie normalerweise in Hamburg nicht eingesetzt werden?

- If 'No' – Is there any internal disciplinary investigation ongoing to ascertain why the 'tactical parameters' of the overall commander were breached?

- Wenn Nein Gibt es interne disziplinarische Untersuchungen, um festzustellen, warum die taktischen Vorgaben der Einsatzleitung verletzt wurden?

Is there any general requirement for higher levels of 'use of force' to be approved by a senior officer, or is this at the discretion of the officer in charge of the Unit?

Gibt es generell Anforderungen f r ein h heres Ma an "Gewaltanwendung", welche von einer leitenden Beamtin/einem leitenden Beamten genehmigt werden m ssen, oder liegt dies im Ermessen des/der f r die Einheit zust ndigen Beamtin oder Beamten?

Der Wasserwerfer ist im Gegensatz zu Gummigeschossen und Reizgas ein Hilfsmittel der k rperlichen Gewalt und daher im Vergleich das mildere Mittel. Daher ist dieses Einsatzmittel zu pr ferieren. Insbesondere in Hamburg sind Wasserwerfer auch taktisch ein ad quates Einsatzmittel. Dies findet durch einschl gige und langj hrige Erfahrungen seine Best tigung.

Durch die Einsatzkr fte konnten alle rechtlich zugelassenen Einsatzmittel mitgef hrt und im Rahmen der einschl gigen rechtlichen Vorschriften auch eingesetzt werden. Vom Polizeif hrer wurde lediglich der Einsatz der Mehrzweckesatzpistole (MZP) ausgenommen. Dennoch machten Einsatzkr fte vereinzelt in Notwehrsituationen von diesem Einsatzmittel Gebrauch. Dieser Einsatz ist nach den Vorschriften des SOG grunds tzlich zul ssig, sofern die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

8.) Please explain in more detail the role of communication team officers. What are the deployment criteria? Is there a guide or a training curriculum for communication team officers in the context of public order and freedom of peaceful assembly? Would you be able to share it with OSCE/ODIHR?

Bitte erl utern Sie die Rolle der kommunikationsbeauftragten Beamtin/des kommunikationsbeauftragten Beamten n her. Was sind die Einsatzkriterien? Gibt es einen Leitfaden oder ein Trainingscurriculum f r das Kommunikationsteam bez glich ffentlicher Ordnung und das

Recht auf Versammlungsfreiheit? Wären Sie diese Materialien mit dem OSZE/BDIMR teilen?

Seit März 2009 gibt es die Kommunikationsteams (KT) bei der Polizei Hamburg. Sie haben im Sinne einer zielorientierten Öffentlichkeitsarbeit den Auftrag des Konfliktmanagements zur Gewaltprävention. Die KT fungieren aber nicht als Ansprechpartner für die Versammlungsleitung, sondern suchen die Konversation mit den Versammlungsteilnehmern. Die durch blaue Westen kenntlich gemachten KT sollen im Versammlungsgeschehen deutlich ihre Gesprächsbereitschaft signalisieren. Nimmt eine Versammlung einen gewalttätigen Verlauf, ziehen sich die KT aber Gründen der Eigensicherung zurück. Durch den Einsatz von KT erhält der Polizeiführer auch einen Eindruck von der Kommunikationsbereitschaft und der Stimmung der Versammlungsteilnehmer, insbesondere bei Großdemonstrationen. Als taktisches Mittel haben sie sich in den letzten Jahren bewährt, da sie Konfliktsituationen bei besonderen Einsatzanlässen vorrangig mit den Mitteln der Kommunikation begegnen können. Inzwischen ist der spezielle Auftrag der KT den regelmäßig Teilnehmern an Versammlungen auch bekannt.

Die Kommunikationsteams sollen im Rahmen ihrer Aufgaben und Ziele im Einsatz

- ☐ Konflikte verhindern oder mindern,
- ☐ Gewalttätigkeiten durchbrechen,
- ☐ Zwangsmaßnahmen vermeiden oder auch erleichtern,
- ☐ notwendige polizeiliche Maßnahmen verdeutlichen,
- ☐ die Rolle und Pflichten der Polizei darstellen und erläutern,
- ☐ zwischen widerstreitenden Parteien vermitteln,
- ☐ die Polizei durch ihre aktive Arbeit positiv darstellen.

Der Einsatz der KT erfolgt bei den überwiegenden Einsatzanlässen in einem eigenen EA.

Beim Konfliktmanagement kommt es wesentlich auf eine hohe Motivationslage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Eine ausgeprägte Einsatzbereitschaft und Verlässlichkeit ist unverzichtbar.

Weitere persönliche Voraussetzungen sind:

- ☐ Konfliktfähigkeit,
- ☐ ausgeprägte Belastbarkeit,
- ☐ hohe Stabilität,
- ☐ Teamfähigkeit,
- ☐ gutes Allgemeinwissen hinsichtlich gesellschaftspolitischer Themen,
- ☐ gute Rechtskenntnisse, insbesondere im Bereich des Versammlungsrechts.

Im Rahmen der Aus- und Fortbildung werden bei der Polizei Hamburg insbesondere folgende Schwerpunkte gelegt:

- ☐ Möglichkeiten und Grenzen des Konfliktmanagements,
- ☐ Stressbewältigung,
- ☐ Soziale Kompetenz und Konfliktregelung,
- ☐ Umgang mit Störungen,
- ☐ Umgang mit Unruhen und Aggressionen,
- ☐ Gesprächstechniken,
- ☐ Kenntnisse über Presse und Polizei Hamburg,
- ☐ Kenntnisse über politischen Extremismus,
- ☐ Situationstraining

KT waren auch während des G20-Gipfels im Einsatz. Die KT der Polizei Hamburg wurden durch KT aus anderen Bundesländern unterstützt.

9.) What differentiation and de-escalation tactics police had in place regarding the policing of the G20 Summit related assemblies?

Welche Differenzierungs- und Deeskalationstaktiken hatte die Polizei in Bezug auf die Beaufsichtigung der G20 Versammlungen?

Das grundlegende Ziel der Polizei Hamburg ist ein friedlicher Versammlungsverlauf. Daher wird grundsätzlich versucht, einen versammlungsfreundlichen und kooperativen Umgang mit dem Anmelder / der Anmelderin, der Versammlungsleitung und den Versammlungsteilnehmern / -innen zu pflegen. Der Versammlungsleiter / die Versammlungsleiterin erfährt in diesem Zusammenhang Unterstützung durch die Polizei, um einen möglichst störungsfreien Ablauf der Versammlung zu erreichen.

Jede Versammlung ist bei der Versammlungsbehörde anzumelden. Diese führt Gespräche und trifft Vereinbarungen mit den Anmeldern / -innen und Verantwortlichen. Gleichwohl ist es auch ihre Aufgabe, bei Bedarf Auflagen zu erteilen. Diese Kooperationsgespräche sind Grundlage für eine ordnungsgemäße Durchführung der Versammlung und sollen schon im Vorwege zur Deeskalation beitragen.

Am Versammlungsort folgen die Maßnahmen der Polizei einem Kooperations- und Deeskalationsprozess:

- ☐ Ansprechbarkeit – Die Polizei nimmt stets vor Beginn der Versammlung Kontakt mit den Verantwortlichen auf, um letzte Absprachen hinsichtlich des Versammlungsverlaufs zu treffen. Sie bleibt anschließend im weiteren Versammlungsverlauf ständig weiter ansprechbar und informiert den Leiter über festgestellte Probleme, mögliche eigene Maßnahmen des Leiters und ggf. erforderliche Maßnahmen der Polizei.
- ☐ Absprachen sollen dabei nach Möglichkeit natürlich im gegenseitigen Einvernehmen getroffen werden.
- ☐ Erforderliche weiterführende, ggf. beschränkende Auflagen werden seitens der Polizei erst erteilt, wenn kein Einvernehmen erzielt werden konnte, die Auflagen aber erforderlich sind, um einen sicheren Verlauf der Versammlung für die Teilnehmer, wie für Dritte zu gewährleisten.
- ☐ Bei Erkennen von Handlungen, die einen störungsfreien Verlauf der Versammlung beeinträchtigen könnten, können im Vorwege oder während der Versammlung Aufforderungen der Polizei erfolgen, diese Handlungen zu unterlassen. Diese werden dem Leiter erläutert, soweit die Situation das zulässt.
- ☐ Wird diesen Aufforderungen nicht gefolgt, erfolgt die Androhung von Zwangsmaßnahmen.
- ☐ Führt dieses ebenfalls nicht zu einer Reaktion bzw. Verhaltensänderung, erfolgt ein Einschreiten gegen die Personen, welche den ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung durch ihr Verhalten stören.
- ☐ Hat auch dieses keinen Erfolg, bleibt als letzte Möglichkeit die Auflösung der Versammlung, notfalls auch unter Einsatz von Zwangsmitteln und dem Treffen von Folgemaßnahmen.

Die Maßnahmen der Polizei werden bei Versammlungen und Demonstrationen durch polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit mittels der Nutzung von Social Media begleitet.

Der Verlauf von Versammlungen wird aber entscheidend von der Bereitschaft der Versammlungsleitung und der Versammlungsteilnehmer / -innen zu Kooperation und Deeskalation beeinflusst. Ein Versammlungsleiter / eine Versammlungsleiterin muss die Versammlungsteilnehmer / -innen auch erreichen und beeinflussen bzw. steuern wollen und können. Dabei wird dieser durch die Polizei fortlaufend bei den Kooperationsgesprächen bestmöglich unterstützt. Stellt die Polizei schon zu Beginn einer Versammlung eine aggressive Grundstimmung oder

eine latente bzw. kommunizierte Gewaltbereitschaft fest, reduziert sich der Spielraum, deeskalierend Einfluss zu nehmen, erheblich.

10.) Was the demonstrations recorded systematically? What was the legal basis and purpose for making video recordings? What happened with the recordings? How long are they retained?

Wurden die Demonstrationen systematisch aufgezeichnet? Was war die rechtliche Grundlage und der Zweck der Videoaufnahmen? Was ist mit den Aufnahmen passiert? Wie lange werden sie aufbewahrt?

Eine systematische Aufzeichnung ist rechtlich nicht zulässig und findet dementsprechend nicht statt. Die Rechtsgrundlage für Bild- und Tonaufnahmen bei Versammlungen unter freiem Himmel ergibt sich aus den §§ 12 a und 19 a des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (VersammlG). Diese Vorschriften sind auch für die Speicherung und Aufbewahrung der Daten einschlägig. Demnach sind diese Unterlagen nach Beendigung der öffentlichen Versammlung unverzüglich zu vernichten, es sei denn, sie werden zur Verfolgung von Straftaten von Teilnehmern oder im Einzelfall zur Gefahrenabwehr weiterhin benötigt. In jedem Fall beträgt die Aufbewahrungsfrist höchstens 3 Jahre.

Voraussetzung für die Durchführung von Bild- und Tonaufnahmen bei Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel ist, dass tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen. Darüber hinaus stützt sich eine Videoaufzeichnung zur Beweissicherung in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auf § 100 h Strafprozessordnung (StPO).

11.) Have there been any restrictions made by the Assembly Authority (Versammlungsbehörde) regarding any assemblies notified in the context of the G20 Summit?

Gab es von der Versammlungsbehörde Einschränkungen für Versammlungen, die im Rahmen des G20-Gipfels angemeldet wurden?

Außerhalb des Geltungsbereichs der erlassenen Allgemeinverfügung, welche Demonstrationen und Versammlungen in einem definierten Bereich in Hamburg während des G20-Gipfels für unzulässig erklärte, wurden für folgende Versammlungen beschränkende Verfügungen seitens der Versammlungsbehörde erlassen:

1. Mahnwache „Sleep in – Schlafen gegen Schlafverbote!“ in Hamburg-Altona
2. Protestcamp „Eine andere Welt ist möglich – fangen wir an sie zu gestalten!“ in Hamburg-Altona
3. Protestcamp „Antikapitalistisches Camp – Alternativen zum Kapitalismus leben und sichtbar machen!“ im Elbpark Entenwerder

Zur Allgemeinverfügung siehe <https://www.polizei.hamburg/content-blob/8926948/28d5fcff51997e02f0d3af0119bc7933/data/transferkorridor-do.pdf>

12.) How many arrests took place in the context of the G20 Summit-related protests? For what kind of offences? How many charges were brought?

Wie viele Festnahmen gab es insgesamt im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel und für welche Art von Straftaten? Wie viele Anklagen wurden erhoben?

Während des Zeitraums der Einrichtung der BAO „Michel“ vom 22.06.2017 bis zum 09.07.2017 wurden insgesamt 196 vorläufige Festnahmen² in die eigens für diesen Einsatz geschaffene Groß-Gefangenenansammelstelle in Hamburg-Neuland verbracht. Im Wesentlichen wurden Tatbestände nach dem Strafgesetzbuch wie Landfriedensbruch - zum Teil sogar im besonders schweren Fall - Körperverletzungen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigungen und Verstöße nach dem Versammlungsgesetz verwirklicht. Eine diesbezügliche Einzelauswertung ist nicht erfolgt.

Bisher wurden 236 Anklagen erhoben (Stichtag 30.11.2018), wobei es sich nicht zwingend um Fälle handelt, denen eine Festnahme vorausging.

13.) How many assembly participants got injured in the context of the police use of force? How were emergency medical services provided?

Wie viele Versammlungsteilnehmer wurden im Rahmen der polizeilichen Gewaltanwendung verletzt? Wie wurde die notfallmedizinische Versorgung bereitgestellt?

Eine notfallmedizinische Versorgung ist grundsätzlich durch die Feuerwehr gewährleistet worden. Festgenommene und der Gefangenenansammelstelle zugeführte Personen sind dort bei Bedarf ärztlich begutachtet und versorgt worden. Je nach Verletzungsschwere wurden Personen im Weiteren auch in Krankenhäuser transportiert. Die Polizei hat keine Statistik über verletzte Versammlungsteilnehmer geführt.

Der Feuerwehr wurden für den Zeitraum vom 6. bis 9. Juli 2017 durch die Hamburger Notfallkrankenhäuser und die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg folgende Angaben übermittelt: Die Kassenärztliche Notfallpraxis Altona hat 38 verletzte Personen versorgt, bei denen es sich nach dortiger Bewertung um Demonstrantinnen und Demonstranten gehandelt haben könnte. Eine genaue Zuordnung der Patientinnen und Patienten zum G20-Gipfel war für die Hamburger Notfallkrankenhäuser oftmals nicht möglich. Von den Krankenhäusern wurden rund 270 Patientinnen und Patienten dem Kreis der Demonstranten und Unbeteiligten zugeordnet. Die Verletzten haben die Notfallkrankenhäuser überwiegend selbständig aufgesucht, nur rund 40-50 Personen kamen nach Angaben der Krankenhäuser mit Rettungsmitteln. Es handelte sich überwiegend um leichte Verletzungen wie Prellungen, Atembeschwerden, Augenreizungen, Platzwunden, Schnittverletzungen und oberflächliche Verbrennungen. Von den rund 270 Personen wurden circa 20 stationär im Krankenhaus aufgenommen. Alle anderen Personen haben nach einer ambulanten Behandlung die Krankenhäuser wieder verlassen können.

Die notfallmedizinische Versorgung wurde durch die Strukturen des öffentlichen Rettungsdienstes sichergestellt. Die Rettungsmittelvorhaltung wurde durch organisatorische Maßnahmen deutlich erhöht.

14.) In the context of the protest camps, what was the position of the police following the decisions of the Constitutional Court (Bundesverfassungsgericht) made on 28 June and the Verwaltungsgericht Hamburg made on 2 July 2017? Could you please share a copy/link to the relevant documents (e.g. Anordnung) with OSCE/ODIHR?

Welche Position nahm die Polizei bezüglich des Protestscamps im Anschluss an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (28. Juni 2017) und des Verwaltungsgerichts

² In der Anlage 1 sind die unterschiedlichen Begrifflichkeiten Ingewahrsamnahme, Festnahme, Verhaftung dargestellt.

Hamburg (02. Juli 2017) ein? Können Sie bitte eine Kopie/Link zu den relevanten Dokumenten (z.B. Anordnung) an das OSZE/BDIMR weiterleiten?

Zu der Entscheidung des BVerfG siehe https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/06/rk20170628_1bvr138717.html und <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-051.html>. Es handelt sich bei der Entscheidung um eine einstweilige Anordnung. Das BVerfG hat deutlich gemacht, dass mit der Frage, ob und in welchem Umfang Art. 8 Abs. 1 GG die Einrichtung von Protestcamps unter Inanspruchnahme öffentlicher Anlagen schützt, schwierige und in der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung ungeklärte Fragen aufgeworfen werden. Diese können im Rahmen des Eilrechtsschutzes nicht beantwortet werden, sondern müssen - nach Aufbereitung durch die Fachgerichte - einem Verfahren in der Hauptsache vorbehalten bleiben. Es sind gegenwärtig zwei Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Hamburg anhängig, in denen diese Fragen zu klären sind.

Im Ergebnis verpflichtete das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seiner Entscheidung vom 28.06.2017 die Versammlungsbehörde, ein geplantes Protestcamp vorsorglich den Regelungen des Versammlungsrechts zu unterstellen. Jedoch stellte das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich fest, dass es unter den Voraussetzungen des Versammlungsrechts auch zu einer versammlungsrechtlichen Untersagung des Camps kommen könne. Ab diesem Zeitpunkt haben sowohl die Versammlungsbehörde als auch Polizeivollzugsbeamte vor Ort angemeldete Protestcamps ausschließlich auf der Rechtsgrundlage des Versammlungsgesetzes beurteilt. Im Weiteren hatte dieses zur Folge, dass es bei der Errichtung von Protestcamps nach ausgeschöpfter Kooperation mit den Veranstaltern auch zum Erlass von Verfügungen mit beschränkenden Auflagen kam, die wiederum teilweise vor Hamburger Verwaltungsgerichten beklagt wurden. Letztendlich haben Versammlungsbehörde und Polizeivollzugsbeamte ihre Maßnahmen an den Entscheidungen der verschiedenen Gerichte orientiert. Welche Dokumente hier gemeint sind, sind für die Polizei aktuell zu wenig konkretisiert. Eine Vorlage ist daher zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

15.) What arrangements were in place regarding complaints against the police or independent investigations of alleged inappropriate police behaviour? Were any complaints received? If yes, what was the result of the investigations?

Welche Vorkehrungen wurden bezüglich Beschwerden gegen die Polizei und/oder unabhängige Untersuchungen wegen mutmaßlich unangemessenen Verhaltens der Polizeigetroffenen? Gab es solche Beschwerden? Wenn ja, was war das Ergebnis der Untersuchungen?

Die Polizei Hamburg verfügt bereits im Rahmen ihrer Alltagsorganisation über eine Beschwerde- und Disziplinarabteilung (PERS 02), die Beschwerden und Anerkennungen von Bürgern über Polizeibeamte bearbeitet. Grundsätzlich können Beschwerden über Polizeibeamte auf vielen Wegen bei der Beschwerdestelle der Polizei eingereicht werden. Personen können sich schriftlich, per Fax, per E-Mail, telefonisch und auch mündlich persönlich an diese Dienststelle wenden. Ferner gelangen die Bürger auf der Internetstartseite der Polizei Hamburg über einen sogenannten „Teaser“ (Aufmacher) mit nur einem Klick zur Hinweisseite der Beschwerdeabteilung der Polizei.

Neben diesen im Alltag bereits bestehenden Beschwerdemöglichkeiten war im Vorfeld des G20-Gipfels durch das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (P 04) zusätzlich ein Bürgerinformationstelefon eingerichtet worden. Dieses wurde mit Hinweis auf die kostenfreie Telefonhotline öffentlich beworben und war während der Veranstaltungstage rund um die Uhr besetzt. Ferner war es auch nach Beendigung des Gipfels weiterhin freigeschaltet. Dort eingehende Beschwerden wurden durch die Mitarbeiter des Bürgerinformationstelefons umgehend an die Beschwerdeabteilung der Polizei weitergeleitet.

Ein darüber hinausgehender, ausdrücklicher Hinweis an die Öffentlichkeit auf die Erreichbarkeiten der Beschwerdeabteilung der Polizei erging im Zusammenhang mit dem Einsatz rund um den G20-Gipfel nicht.

Im Ergebnis sind während des Zeitraums vom 02.07.2017 bis zum 09.07.2017 bei der Beschwerdestelle der Polizei 50 Beschwerden mit G20-Bezug eingegangen. Die Prüfung der diesbezüglichen Sachverhalte hat ergeben, dass acht Beschwerden berechtigt und 17 Beschwerden in Teilen berechtigt waren. Bei den Beschwerdesachverhalten ging es mehrheitlich um andauernden Hubschrauberlärm sowie Verkehrsprobleme.

Für die Bearbeitung von Strafanzeigen gegen Polizeibeamte ist die Beschwerdestelle der Polizei allerdings nicht zuständig. Hier liegt die Zuständigkeit beim Dezernat Interne Ermittlungen, das als eine von der Polizei unabhängige Institution der Leitung der Behörde für Inneres und Sport (Staatsrat) unterstellt ist.

Das DIE ist u.a. für alle Straftaten, die Polizeibediensteten im Rahmen ihrer Dienstausübung vorgeworfen werden, zuständig. Daneben bearbeitet das DIE alle Straftaten im Amt (30. Abschnitt StGB) und Korruptionsstraftaten von Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg. Anlässlich des Verlaufs vom Gipfel der „Gruppe der 20“ (G20) richtete das DIE die Sonderkommission „DIE G20“ ein. Dazu wurde das DIE auch personell verstärkt. Die Sonderkommission hat ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen.

Neben der Durchführung von Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete beauftragte der Staatsrat der Behörde für Inneres und Sport das DIE darüber hinaus mit der Entgegennahme und Prüfung von Vorwürfen und Beschwerden wegen allgemeinen Fehlverhaltens von Polizeibediensteten auch unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit, sofern sich der Hinweisgeber direkt an das DIE wandte; der eigeninitiativen Sichtung, Prüfung und Bewertung von Videos, Bildern und Berichten in öffentlich zugänglichen Quellen; der Auswertung der innerhalb und außerhalb von Ermittlungsverfahren geäußerten Kritik am Handeln der Polizei. Dabei sollten Hinweise aus Textquellen (Kritikfelder) und Bildern und Videos (Hotspots) identifiziert werden.

Der Auftrag umfasste nicht

- ☐ eine revisionsartige Prüfung der gesamten Einsatzplanung und Einsatzdurchführung,
- ☐ die Bewertung des taktischen Vorgehens der Polizei im Einsatzgeschehen,
- ☐ die Prüfung allgemeiner politischer und gesellschaftlicher Kritik am Verhalten der Polizei.

Die Bevölkerung konnte über ein speziell für die Nachbereitung des G20-Gipfels eingerichtetes Hinweistelefon Strafanzeigen und Hinweise auf mögliches Fehlverhalten von Polizeibediensteten direkt dem DIE mitteilen.

Das DIE sichtete insgesamt über 450 öffentlich zugängliche Berichte, Videos und Bilder und prüfte zunächst, ob der beschriebene Sachverhalt beim DIE bereits bekannt ist und im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens bearbeitet wurde. Sofern noch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war, leitete das DIE von Amts wegen ein Ermittlungsverfahren ein, sofern die Voraussetzungen für einen Anfangsverdacht einer Straftat vorlagen. Wurde Kritik unterhalb der Schwelle des Anfangsverdachts an dem polizeilichen Handeln deutlich, prüfte das DIE den Sachverhalt außerhalb eines Strafverfahrens. Die Prüfung dauert in Einzelfällen noch an.

Insgesamt führt das DIE 161 Verfahren gegen Polizeibeamte (davon sieben Vorermittlungsverfahren), größtenteils (rund 80 %) wegen Verdachts der Körperverletzung im Amt. Von den 161 Verfahren wurden 30 % aufgrund von Anzeigen der jeweiligen Geschädigten, 22 % aufgrund von Anzeigen/Hinweisen von Dritten und 48 % von Amts wegen eingeleitet. Die Ermitt-

lungen des DIE richten sich in den 161 Verfahren gegen insgesamt 213 beschuldigte Polizeibedienstete, von denen zurzeit 46 % namentlich bekannt und 54 % namentlich unbekannt sind. Bislang wurden 80 Ermittlungsverfahren (rund 50 % der Verfahren) durch die Staatsanwaltschaft nach § 170 II StPO eingestellt (Stand 22.11.2018).

Die Ergebnisse der Prüfung von Sachverhalten außerhalb eines Strafverfahrens sind in die Darstellung der Senatsvertreter im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ sowie in die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen zum G20-Gipfel eingeflossen, bspw. in die nachfolgenden Drucksachen.

Thema	Drucksache
Einsatz der Polizei im Rahmen des G20-Gipfels 2017 in Hamburg	21/9767
Bilanz der Ausschreitungen um G20 – Polizeieinsätze	21/9772
Die erstrittenen Camps – Unterschlupf und Planungsstätte für Linksextremisten und linke Gewalttäter?	21/9797
Einsätze von Spezialkommandos zum G20-Gipfel	21/9844 21/10331
G20 – Technische Überwachungsmaßnahmen zum G20-Gipfel	21/9862
Akkreditierungsentzug und Sperrliste für 32 Journalisten während des G20-Gipfels	21/9947 21/10042
G20 – Einsatz von Reizstoffen durch die Polizei	21/10029 21/10271
G20: Einsatz von Gummigeschossen	21/10063 21/10712
G20 – eingesetzte nicht-tödliche Waffen	21/10823
Verfahren gegen Polizeibedienstete im Rahmen des G20-Gipfels und der Gipfelproteste	21/11642 21/12897 21/13951

16.) Were some officers on the ground briefed about the OSCE/ODIHR observers' presence?

Wurden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort über die Anwesenheit der OSZE/BDIMR-Beobachterinnen und Beobachter informiert?

Did they have specific instructions regarding OSCE/ODIHR presence? Similarly, was there any policy in place on how to treat observers / assembly monitors?

Gabe es spezielle Anweisungen bezüglich der Präsenz von OSZE/BDIMR Beobachterinnen und Beobachter? Gab es dabei spezifische Richtlinien wie Beobachterinnen und Beobachter im Kontext von Versammlungen behandelt werden sollten?

Der Führungsstab der Polizei wurde durch eine Verbindungsbeamtin in der Senatskanzlei über die Anwesenheit der OSZE-Beobachterinnen und -beobachter im Einsatzraum informiert. Es gab keinerlei Vorgaben oder Anweisungen an die unterstellten Einsatzkräfte in Bezug auf die Präsenz der OSZE-Beobachterinnen und -beobachter.

17.) The G20-related assemblies and their policing attracted a considerable media interest.

Die G20-Proteste und Polizeieinsätze erhielten ein großes Maß an Medienaufmerksamkeit.

Was there any policy in place to facilitate the work of the journalists?

Gab es bestimmte Richtlinien, um die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten zu erleichtern?

Is there a specific guidance for law enforcement regarding media access to areas where police actions are taking place? Has the approach of the police towards media changed following the incidents on 6 July?

Gibt es spezifische Richtlinien für Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf den Zugang von Medienvertreterinnen und Medienvertretern zu Bereichen, in denen polizeiliche Maßnahmen durchgeführt werden? Hat sich die Vorgehensweise der Polizei gegenüber den Medien nach den Vorfällen am 6. Juli geändert?

Der Umgang mit Medien orientiert sich sowohl im Rahmen der alltäglichen Arbeit der Polizeipressestelle als auch bei besonderen Einsätzen an dem in § 4 des Hamburgischen Pressegesetzes festgeschriebenen Informationsrecht der Presse. Alle polizeilichen Auskünfte an Medienvertreter erfolgen grundsätzlich auf Grundlage dieser rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen der Aufbauorganisation des Einsatzabschnitts Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Struktur geschaffen, die es den Medienvertretern erlaubte, während des gesamten Einsatzzeitraums über das Presseinformationstelefon des Unterabschnitts „Pressestelle“ Kontakt zur Polizei aufzunehmen und Informationen zum aktuellen Geschehen zu erhalten.

An Einsatzorten von besonderem medialem Interesse war die Polizei Hamburg zudem mit ihrem Pressesprecher vertreten, der als zentrale Anlaufstelle für die Journalistinnen und Journalisten zur Verfügung stand.

Zusätzlich wurde mittels eines Unterabschnitts „Mobile Medienbetreuung“ gewährleistet, dass für die große Anzahl von Medienvertretern vor Ort immer Mitarbeiter der Pressestelle in unmittelbarer Nähe zum Einsatzgeschehen ansprechbar waren.

Aus Anlass des G20-Gipfels wurde für alle Einsatzkräfte ein Einsatzhandbuch (sogenannte G20-Fibel) bereitgestellt, in dem unter anderem ein Leitfaden für den grundsätzlichen Umgang mit Pressevertretern veröffentlicht wurde. Ergänzend wurde die Rechtslage bezüglich des „Rechts am eigenen Bild“ sowie zur „Aufzeichnung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“ erläutert.

Diese Grundsätze und Erläuterungen galten aber nicht speziell für den G20-Einsatz. Vielmehr handelte es sich hier um allgemeingültige Grundsätze und rechtliche Rahmenbedingungen, die auch im täglichen Dienst ihre Anwendung finden.

Darüber hinaus wurde in der Ausgabe 5 des Einsatzmagazins mit dem Namen „*Hansem@il*“³ vom 03.07.2017 ein Artikel über den Umgang mit Pressevertretern sowie ein Muster eines Presseausweises veröffentlicht und somit einer Vielzahl von Einsatzkräften nochmals zur Kenntnis gebracht.

Grundsätzlich unterliegen Pressevertreter bei der Ausübung ihrer Tätigkeit keinen Einschränkungen durch die Polizei. Soweit sich Pressevertreter bei im Zuge ihrer Arbeit jedoch in Lebensgefahr begeben und/ oder strafprozessuale Maßnahmen stellen, indem sie beispielsweise durch das Betreten eines polizeilich abgesperrten Bereichs Tatortspuren vernichten, gilt dieser Grundsatz nicht. In diesen Fällen sind polizeiliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und/ oder Strafverfolgung auch gegen Pressevertreter rechtlich zulässig und geboten.

³ Ein während der Haupteinsatzzeit täglich durch den Einsatzabschnitt Öffentlichkeitsarbeit herausgegebenes Einsatzmagazin, welches den Einsatzkräften online zur Verfügung gestellt wurde.

Während des G20-Gipfels in Hamburg haben Pressevertreter selbst einen Zugang zu gesondert gesicherten Bereichen erlangen können. Einzige Voraussetzung war, sich akkreditieren zu lassen. Von dieser Möglichkeit machten (laut Auskunft des Bundeskriminalamtes) 5.268 Pressevertreter Gebrauch.

Spezifische Richtlinien in Bezug auf den Zugang von Medienvertretern zu Bereichen, in denen polizeiliche Maßnahmen durchgeführt wurden, gab es neben den beschriebenen nicht.

Folglich hat sich auch die diesbezügliche Vorgehensweise der Polizei gegenüber den Medien nach den Ereignissen des 06.07.2017 nicht geändert.

18.) Did the officers debrief on any challenges in their work? Were there any lessons learnt regarding their performance? Were assembly organizers and independent monitors involved in the lessons learnt process? Is there any follow-up planned to the Observation reports of the independent observers, such as the Committee for Fundamental Rights and Democracy?

Haben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine Nachbesprechung über die Herausforderungen ihrer Arbeit durchgeführt? Wurden Schlüsse aus ihren Vorgehensweisen gezogen? Wurden Versammlungsorganisierende und unabhängige Beobachterinnen und Beobachter an diesem Prozess beteiligt? Sind Folgemaßnahmen zu den Beobachtungsberichten der unabhängigen Beobachterinnen und Beobachter, wie beispielsweise das Komitee für Grundrechte und Demokratie geplant?

Die Nachbereitung von Einsätzen ist innerhalb der Polizeien (Bund und Länder) der Bundesrepublik Deutschland ein elementarer Bestandteil des Gesamtprozesses. Als grundlegend und richtungweisend ist dabei die einschlägige Polizeidienstvorschrift⁴ (PDV 100) zu sehen, die hierzu eindeutige Vorgaben macht. Die Nachbereitung dient dazu, Einsatzerfahrungen zu analysieren, Entscheidungsfindungen transparent zu machen, den Grad der Zielerreichung festzustellen und Lösungsmöglichkeiten für erkannte Schwachstellen zu erarbeiten. Die gewonnenen Erkenntnisse sind umzusetzen und beispielsweise im Rahmen von künftigen Einsatzplanungen und ggf. Aus- und Fortbildungen zu berücksichtigen.

Die polizeiinterne Nachbereitung erfolgt vollumfänglich und dauert aufgrund der Komplexität des G20-Einsatzes zum Teil noch an. Der Nachbereitungsstab G20 der Polizei Hamburg hat hierzu umfangreiche Erfahrungsberichte der Einsatzabschnitte abgefordert. Eine Nachbereitung unter Beteiligung aller Einsatzabschnitte im Rahmen eines Abschlussseminars ist im Dezember 2018 geplant.

Versammlungsorganisierende und unabhängige Beobachter wurden von der Polizei bei der Nachbereitung nicht einbezogen.

Eine umfangreiche politische Aufbereitung hat in Hamburg durch einen Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ der Hamburgischen Bürgerschaft stattgefunden. Dieser Sonderausschuss bestand aus 19 Mitgliedern sämtlicher in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Dieser tagte an insgesamt 14 Terminen (inklusive einer Bürgeranhörung vor Ort) im Zeitraum vom 31.08.2017 bis zum 16.08.2018. Zu diesen Sitzungsterminen wurden jeweils Senatsvertreter (u. a. auch von der Polizei) geladen. Ferner haben die Mitglieder des Sonderausschusses (externe) Auskunftspersonen als Experten zu bestimmten Themenbereichen gehört.

⁴ **Polizeidienstvorschriften (PDV)** sind **Dienstvorschriften** der deutschen **Polizeien**. Ein großer Teil von ihnen ist nicht öffentlich und als **Verschlussache** eingestuft, da sie unter anderem das **taktische Vorgehen** der Polizei bei polizeilichen Anlässen beschreiben.

Die Ergebnisse des Sonderausschusses ergeben sich u. a. aus den Anträgen der Regierungsfractionen der Hamburger Bürgerschaft, siehe Drucksachen 21/14466 https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63868/konsequenzen_aus_der_aufarbeitung_der_gewalttaetigen_ausschreitungen_rund_um_den_g20_gipfel_im_sonderausschuss_der_hamburgischen_buergerschaft.pdf

und Drucksache 21/14470 https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63896/konsequenzen_aus_der_aufarbeitung_der_gewalttaetigen_ausschreitungen_rund_um_den_g20_gipfel_im_sonderausschuss_der_hamburgischen_buerger-schaft_hier_fi.pdf

Die diesbezügliche Umsetzung hat begonnen und dauert an.

I.B. Assembly-specific questions: (Spezifische Fragen bezüglich der einzelnen Versammlungen)

Protestwelle (2 July)

1. How many police officers facilitated this assembly (specific units and responsibilities)?

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten waren an der Begleitung und am Schutz dieser Versammlung beteiligt (verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten)?

Im zuständigen EA Gegenveranstaltungen waren insgesamt 639 Beamtinnen und Beamte eingesetzt, speziell für die direkte Begleitung bzw. den Schutz der Versammlung zwei Hundertschaften der Landesbereitschaftspolizei Hamburg.

2. How was the cooperation with the assembly organizer before and during the assembly?

Wie verlief die Kooperation mit den Organisierenden vor und während der Versammlung?

Aufgrund der bereits im Februar bzw. März 2017 erfolgten Anmeldung der Versammlungen konnte eine rechtzeitige Kontaktaufnahme mit den Anmeldern seitens der Versammlungsbehörden erfolgen. Die sich anschließende Kooperation verlief vertrauensvoll. Problemfelder wurden offen angesprochen und in beiderseitigem Einvernehmen gelöst. Auch die Kooperation zwischen dem Versammlungsleiter und dem Einsatzleiter der Polizei vor Ort verlief ohne Probleme.

3. Did the officers, in particular the communication team officers, debrief on any challenges in their work? If yes – what kind of challenges did they face? Were there any lessons learnt regarding their performance?

Haben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, insbesondere die Verantwortlichen des Kommunikationsteams, eine Nachbesprechung über die Herausforderungen während ihrer Arbeit durchgeführt? Wenn ja, mit welchen Herausforderungen waren sie konfrontiert? Wurden aus den Erfahrungen Lehren für die Zukunft gezogen?

Hinsichtlich der grundsätzlichen Nachbereitung wird auf die Antwort zu 18. verwiesen. Darüber hinaus geht es insbesondere bei den Kommunikationsteams zum Standard, nach jedem Einsatz eine Nachbesprechung durchzuführen, so auch im Rahmen des G20-Einsatzes. Als Teilaspekt einer verbesserten polizeilichen Kommunikation wurde erkannt, dass ein differenzierteres Ansprechen von verschiedenen Gruppen innerhalb von Versammlungen erforderlich sein könnte, um einen reibungslosen Verlauf von Versammlungen zu unterstützen. Die Polizei prüft aktuell die Fortentwicklung des Kommunikationskonzeptes.

4. The planned route of the march was changed at least twice before it was settled on the route that marchers eventually took. Please explain how this process went.

Die geplante Route des Protestzugs wurde zweimal geändert, bevor man sich auf eine finale Route einigen konnte. Es wäre sehr hilfreich, wenn sie diesen Aushandlungsprozess näher erläutern könnten.

Die Organisatoren hatten als Schlusskundgebungsort das Heiligengeistfeld vorgesehen. Dieser Ort stand wegen Bau- bzw. Sondierungsarbeiten nicht zur Verfügung, so dass im weiteren Verlauf der Kooperation als Start- und Endpunkt für den Aufzug der Rathausmarkt vom Veranstalter gewählt wurde. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass auch die Route geändert werden musste. Der finale Marschweg wurde im Rahmen des zweiten Kooperationsgesprächs am 21.06.2017 vom Veranstalter festgelegt. Vorgaben seitens der Versammlungsbehörde gab es hierbei nicht. Es erging lediglich der Hinweis, dass aufgrund des noch nicht vorliegenden Sicherheitsbereiches im Umfeld des Messegeländes keine Aussage hinsichtlich der Nutzung der Karolinenstraße gemacht werden könnte. Daraufhin schlug der Veranstalter selbst einen anderen Marschweg vor.

Unannounced assembly with tents at Rathausmarkt (2 July)

1. What was the legal reason (authority) and police strategic intention for dissolving this un-notified but peaceful assembly?

Was waren die rechtlichen Grundlagen und die strategischen Absichten der Polizei, diese unangemeldete, aber friedliche Versammlung aufzulösen?

Die angemeldete Versammlung „Protestwelle“ (s. o.) war gegen 17:25 Uhr durch den Versammlungsleiter auf dem Rathausmarkt für beendet erklärt worden. Im Anschluss an die Beendigung verblieben bis zu einhundert Personen mit teils im Boden verankerten Zelten vor Ort. Trotz nochmaliger Aufforderung des Versammlungsleiters weigerten diese sich beharrlich, den Versammlungsort zu verlassen. Stattdessen wollten diese Personen dort eine eigene Versammlung unter Aufstellung/Nutzung von zahlreichen Zelten durchführen. Mit Hinweis auf das Erfordernis einer Anmeldung dieser Versammlung, versuchte der Einsatzleiter vor Ort mit den Personen Kontakt aufzunehmen. Es gab sich jedoch weder ein Leiter zu erkennen, noch zeigten sich die Personen gesprächsbereit. Die Versammlung wurde daher von der Polizei gemäß § 15 des Versammlungsgesetzes aufgelöst. Des Weiteren forderte die Polizei die Teilnehmer mehrfach zum Verlassen des Rathausmarktes auf. 22 Personen kamen dieser im Versammlungsgesetz normierten Entfernungspflicht nicht nach, haken sich ein und setzten sich hin. Diese Sitzblockade wurde durch die Einsatzkräfte aufgelöst. Nach Identitätsfeststellung wurden diese Personen mit einem Platzverweis für den Rathausmarkt vor Ort entlassen.

2. How many participants were taken to the police vans and what happened with them there? Were there any sanctions imposed as a consequence of the protest? Has anyone been arrested? Were any charges brought against them?

Wie viele Teilnehmende der Versammlung wurden von der Polizei in Dienstwagen in Gewahrsam genommen und welche Maßnahmen wurden dort ergriffen? Wurden als Folge des Protestes Sanktionen gegen Protestteilnehmende verhängt? Wurde jemand verhaftet? Wurde gegen Personen Anzeige erhoben?

Es wurden keine Personen in Gewahrsam genommen. Lediglich die Identitäten der 22 Personen, die den Rathausmarkt nach der Versammlungsaufflösung durch die Polizei nicht verlassen wollten, wurden festgestellt. Sie standen im Verdacht, einen Verstoß gegen die Entfernungspflicht nach dem Versammlungsgesetz begangen zu haben. Dementsprechend wurden

Ordnungswidrigkeitenverfahren gem. § 29 des Versammlungsgesetzes gegen diese Personen eingeleitet. Anschließend setzte die Polizei die Entfernungspflicht durch das Erteilen von Platzverweisen durch. Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit dieser unangemeldeten Versammlung auf dem Rathausmarkt ein Strafvermittlungsverfahren gegen einen 41-jährigen deutschen Staatsangehörigen wegen Verstoßes gegen § 26 des Versammlungsgesetzes (Durchführung einer nicht angemeldeten Versammlung) eingeleitet.

3. Were there any complaints made or legal actions arising as a result of the police intervention?

Gab es Beschwerden oder rechtliche Maßnahmen gegen die Polizei als direkte Reaktion auf die polizeiliche Intervention?

Bei der Polizei sind aktuell weder Beschwerden, noch rechtliche Maßnahmen als direkte Reaktion auf die Versammlungsaufflösung auf dem Rathausmarkt bekannt.

Darüber hinaus prüft das DIE aufgrund einer öffentlichen Berichterstattung des Komitees für Demokratie und Grundrechte im Internet den Sachverhalt. Im Ergebnis waren die polizeilichen Maßnahmen im Einzelfall überprüfbar und rechtlich nicht zu beanstanden. Weitere Reaktionen zu dem Sachverhalt sind auch dem DIE nicht bekannt.

Lieber tanz' ich als G20 / DemoRave / Nachttanzdemo (5 July)

1. How many police officers facilitated this assembly (specific units and responsibilities)? Were there police officers north of Neuer Pferdemarkt and Stresemannstraße in the vicinity of the assembly? Explain in more detail the decision on whether to have officers in Schanzenviertel or not.

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten waren an der Begleitung und am Schutz dieser Versammlung beteiligt (verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten)? Hielten sich Polizeieinheiten auch nördlich des Neuen Pferdemarktes und der Stresemannstraße in der Nähe der Versammlung auf? Bitte erläutern Sie näher die Entscheidung, ob Beamte im Schanzenviertel eingesetzt werden sollten oder nicht.

Im zuständigen EA Gegenveranstaltungen waren insgesamt 829 Beamtinnen und Beamte eingesetzt. Im Bereich nördlich des Neuen Pferdemarktes (Stresemannstraße/Altonaer Straße) waren lageabhängig Verkehrslenkungskräfte tätig. Der Aufzug wurde aufgrund der polizeilichen Lageeinschätzung während des gesamten Marschwegs auch im Bereich des Schanzenviertels polizeilich begleitet.

2. Please explain in more detail the tactics (including for de-escalation) used at the end of the assembly on Valentinskamp when some tensions arose. Why did the police cordon close the road creating a dead end for the assembly? Why did police not allow the crowd to disperse easily at the end? How did the police planning prepare for the end of the march, i.e. preventing spillover assembly to areas not agreed beforehand without blocking people from leaving the assembly and confining them to stay in a dead end in Valentinskamp? What was the strategy about how to deal with people wanting to go through the police lines? What instructions were given to police officers in the front line?

Bitte erläutern Sie die taktischen Details (einschließlich für Deeskalation), die am Ende der Versammlung am Valentinskamp genutzt wurden, als sich die Situation verschärfte. Warum

hat eine Polizeikette die Straße gesperrt und so eine Sackgasse für die Versammlung geschaffen? Warum hat die Polizei der Menge nicht erlaubt, sich einfach aufzulösen? Wie hat sich die Einsatzleitung auf das Ende der Versammlung vorbereitet, um z.B. zu vermeiden, dass sich in der Nähe neue unangemeldete Versammlungen bilden, ohne dabei jedoch die Teilnehmenden beim Verlassen der ursprünglichen Versammlung aufzuhalten oder diese in einer Sackgasse am Valentinskamp zu blockieren? Was war die Strategie im Umgang mit Teilnehmenden, die die Versammlung durch die Reihen der Polizei verlassen wollten? Welche Dienstanweisungen wurden den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der ersten Reihe gegeben?

Bei der Anmeldung der Versammlung „Lieber tanz‘ ich als G20 – Alles Allen Nachttanzdemonstration!“ hatte der Veranstalter ursprünglich circa 2.500 Teilnehmer erwartet. Tatsächlich nahmen an der Versammlung jedoch bis zu ca. 11.000 Personen teil. Aufgrund dieser erhöhten und nicht erwarteten Teilnehmerzahl wurde der zunächst angemeldete Endkundgebungsort im Bereich Valentinskamp / Caffamacherreihe in Richtung des Gänsemarktes ausgedehnt. Ein zu enger Raum kann unter Umständen zu Eskalationen führen, was hier vermieden werden sollte. Die Polizei war während der Versammlung in ständigem Kontakt mit der Versammlungsleitung, um kurzfristig erforderlich werdende Änderungen abstimmen, kommunizieren und unmittelbar umsetzen zu können. Die Polizei hat keine Sackgasse gebildet, sondern stellte eine geordnete Abwanderung sicher. U. a. wurde am Gänsemarkt eine Absperrkette mit Durchlassstellen gebildet. Ein Abwandern der Versammlungsteilnehmer wurde aus Gründen der Sicherheit für die Menschen lediglich kanalisiert. Grundsätzlich hat die Polizei auch nach dem Ende einer Versammlung einen geordneten Ablauf zu gewährleisten. Dieses haben die Einsatzkräfte vor Ort umgesetzt. Ein Verlassen der Versammlung war jederzeit möglich und erfolgte auch.

Welcome to Hell (6 July)

1. How many police officers facilitated this assembly (specific units and responsibilities)?

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten waren an der Begleitung und am Schutz dieser Versammlung beteiligt (verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten)?

Im zuständigen Einsatzabschnitt Gegenveranstaltungen waren insgesamt 3.396 Beamtinnen und Beamte eingesetzt. Eine detailliertere Kräfteaufschlüsselung ist nicht möglich.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Demonstration bzw. der Aufzug unter dem Namen „Für eine solidarische Welt – gegen den G20-Gipfel“ in Hamburg angemeldet wurde. Unter dem Schlagwort „Welcome to hell“ wurde zuvor ein Bündnis von autonomen Gruppen mit Bezug zur Roten Flora (Autonomes Zentrum im Hamburger Stadtteil Schanze) initiiert. Erst im weiteren zeitlichen Verlauf wurde der Aufzug von der linken Szene mit „Welcome to hell“ bezeichnet.

2. What was the pre-event cooperation and communication with the organizer like? How did the organizer and authorities agree on the initial route of the march, i.e. on the final route planned before 6 July? Were there any conditions/restrictions imposed on this assembly? Would you share a written outcome of this dialogue with OSCE/ODIHR?

Wie verlief die vorhergehende Vorbereitung und Kooperation mit den Organisierenden? Wie einigten sich die Organisierenden und die zuständige Behörde auf die ursprüngliche Route

bzw. auf die vor dem 6. Juli geplante finale Route?? Wurden dabei spezifische Bedingungen/Restriktionen für die Versammlung verhängt? Werden Sie die schriftlichen Ergebnisse dieses Dialoges mit dem OSZE/BDIMR teilen?

Eine Kooperation zwischen Polizei und dem Anmelder verlief aufgrund einer rechtzeitigen Anmeldung problemlos. Es erfolgte ein persönliches Treffen sowie Absprachen per E-Mail und Telefon. Lediglich über den Endkundgebungsort gab es zunächst Diskussionen, die jedoch nach kontroverser Erörterung auch zu einem Einvernehmen führten. Eine gesonderte Niederschrift hierzu wurde seitens der Polizei nicht erstellt.

3. During the whole dialogue, did authorities advise the organizer to engage a certain number of stewards? Were there any objections from the organizer?

Hat die Polizei während des Dialogs den Organisierenden empfohlen eine bestimmte Anzahl von Ordnern für die Versammlung einzusetzen? Gab es Einwände seitens der Organisierenden?

Nein. Der Veranstalter selbst hat die Anzahl von 100 Ordnern in seiner Anmeldung vom 16.01.2017 beantragt. Seitens der Polizei wurde diese als ausreichend angesehen.

4. What was the specific instruction communicated by the police to the masked participants / organizer? How was it communicated? What was the plan in case of non-compliance with the police order? What was the strategic objective behind first letting the march begin and then stopping it after some meters?

Was waren die genauen Anweisungen der Polizei an die maskierten Teilnehmenden / Organisatoren? Wie wurden diese Anweisungen kommuniziert? Welche Maßnahmen waren im Falle von Nichteinhaltung der Polizeianweisungen geplant? Gab es ein strategisches Ziel dabei, die Versammlung erst beginnen zu lassen und sie dann nach wenigen Metern zu stoppen?

5. What kind of de-escalation tactic was used by the police at Fischmarkt?

Welche Deeskalationstaktiken verwendete die Polizei am Fischmarkt?

6. What was the first violent incident at the assembly?

Was war der erste gewalttätige Vorfall bei der Versammlung?

7. What triggered the first use of water cannons?

Was war der Auslöser für den Einsatz von Wasserwerfern?

8. Was blocking the pedestrian bridges near the starting point of the march considered to prevent bottles thrown from these locations?

Wurde die Sperrung von Fußgängerbrücken in der Nähe des Ausgangspunktes des Marsches in Betracht gezogen, um zu verhindern, dass Flaschen von diesen Orten geworfen werden?

9. How did this strategy of isolating participants using 'black bloc' tactics look like? How did the police plan to achieve this? Was there any strategy how to end the assembly if required? Were participants dispersed in the direction where police wanted them to go?

Wie sah die Strategie aus, um die Versammlungsteilnehmenden zu isolieren, welche die Demonstrationstaktik Schwarzen Block anwandten? Gab es eine Strategie, wie man die Versammlung bei Bedarf beenden kann? Wurden die Teilnehmenden in die von der Polizei beabsichtigte Richtungen zerstreut?

Die Antworten zu 4. bis 9. wurden im nachfolgenden Text zusammengefasst:

Einsatzkonzeption / Durchführung / Kooperation

Die Erkenntnisse und rechtliche Prüfungen ergaben keine ausreichenden Gründe für ein Verbot des Aufzuges, noch ließen sie wirksame und rechtlich durchsetzbare beschränkende Verfügungen mit Auflagen oder Vorkontrollen zu. Die Organisatoren sicherten jeweils zu, einen friedlichen Verlauf des Aufzuges gewährleisten zu wollen. Zwei zuvor von denselben Organisatoren durchgeführte Aufzüge mit G20-Bezügen verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Die Polizei erwartete, dass der Aufzugsleiter den Aufzug auf dem angemeldeten Marschweg bis zum Endkundgebungsplatz in unmittelbarer Nähe des Konferenzortes Messehallen führen wollte. Die Messehallen als Veranstaltungsort des G20-Gipfeltreffen lagen am Ende des Marschweges und galten als Reizobjekt für die linke Szene, so dass es für die Polizei nahelegend war, dass die Teilnehmer des Aufzuges sich dort auch zeigen wollten. Darauf hatte sich die Polizei konzeptionell eingestellt. Ganz grundsätzlich wollte die Polizei Proteste, Demonstrationen und Aufzüge oder Versammlungen bestmöglich unterstützen.

Die Einsatzkonzeption der Polizei sah vor, mit einer hohen Anzahl von Polizeibeamten am Aufzug und im Umfeld präsent zu sein, um im Bedarfsfall schnell tätig werden zu können, insbesondere auf das Begehen von Straftaten und einem möglichen unfriedlichen Verlauf schnell reagieren zu können. Diese Überlegungen galten sowohl für den Aufzug selbst als auch für mögliche Anschlussaktionen. Diese Einsatzphilosophie der Hamburger Polizei im Umgang mit militanten Personen in Aufzügen war dabei genauso, wie sie in den vergangenen Jahren in Hamburg immer umgesetzt wurde. Das war auch den Organisatoren des Aufzuges bekannt, weil Anmelder und Polizei sich aus unzähligen Veranstaltungen aus der Vergangenheit kannten und die Vorgehensweise der Hamburger Polizei unverändert und klar war. Für den Einsatz wurden 3.396 Beamte sowie technische Einsatzmittel, beispielsweise Lautsprecherwagen und Wasserwerfer, eingesetzt.

Auftaktkundgebung / Antretephase

Die Auftaktkundgebung wurde am 06.07.2017, ab 16.00 Uhr, auf dem Gelände des St. Pauli Fischmarktes durchgeführt, einer größeren Freifläche, die als Marktgelände und/oder alternativ als Parkplatz genutzt werden kann. Das Fischmarktgelände liegt an der Elbe mit einem vorgelagerten Hafenkantenbereich. An den Fischmarkt grenzt eine Flutschutzmauer, die sich vom Fischmarkt entlang der St. Pauli Hafenstraße zieht. Auf der Flutschutzmauer befindet sich eine breit ausgebaute Promenade, die über Treppen vom Fischmarkt erreichbar ist. Von der St. Pauli Hafenstraße betrachtet hat die Flutschutzmauer eine Höhe von circa 2 Metern. Es handelt sich um eine Steinmauer, auf der sich als Begrenzung ein offenes Stahlgeländer befindet. Am Antreteplatz hielten sich während der Auftaktkundgebung und Antretephase Tausende von Aufzugsteilnehmern auf, von denen nur wenige bereits ganz in schwarz gekleidet waren. Die Personen trugen bunte Kleidung. Es herrschte „Happening-Atmosphäre“. Es wurde Musik abgespielt und es gab Redebeiträge.

Die Polizei stellte mit Beginn der Auftaktkundgebung bereits unzählige Menschen auf der Flutschutzmauer fest, die ebenfalls normale, bunte Kleidung trugen und sich völlig unauffällig benahmen. Diese Personen wurden zu keinem Zeitpunkt auf dem Fischmarkt gesehen, noch zeigten diese Interesse an der Auftaktkundgebung. Sie wirkten wie unbeteiligte Schaulustige.

Es geht um den ursprünglichen Auftrag der Polizei, diesen Bereich der Flutschutzmauer durch Einsatzkräfte zu besetzen und von Personen freizuhalten, insbesondere aber zu verhindern, dass nach dem Abmarsch des Aufzuges vom Fischmarkt Einsatzkräfte an der Spitze des Aufzuges durch Personen umlaufen werden. Nach Einschätzung der Polizei hätte man die Personen nur mit Zwangsmaßnahmen von der Flutschutzmauer entfernen oder entfernen können. Die Polizei entschied sich daher, nicht tätig zu werden, insbesondere, weil diese Personen zunächst als unbeteiligte Schaulustige eingeschätzt wurden. Ein weiterer Aspekt war auch, dass die Polizei mit einer Räumung der Personen faktisch Zuschauer, Interessierte - also eine Öffentlichkeit - entfernt hätte, die für eine Meinungskundgabe der Aufzugsteilnehmer notwendig war. Dieses war ein weiterer Grund, eine Räumung nicht durchzuführen.

Parallel mit Beginn der Anfangskundgebung wurde persönlich zwischen dem Aufzugsleiter und der Polizei ein Kooperationsgespräch geführt. Der Verlauf des Aufzuges, Erwartungshaltungen sowie erforderliche Maßnahmen der Polizei wurden einvernehmlich besprochen. Etwa zwei Stunden nach Beginn der Auftaktkundgebung, gegen 18.00 Uhr, setzte eine zunehmendes „Umkleiden“ der Aufzugsteilnehmer von bunter zu schwarzer Kleidung ein. Offensichtlich wurde schwarze Wechselkleidung in Rucksäcken mitgeführt. Einzelne Personen begannen, Markenbezeichnungen an der Bekleidung mit Klebeband abzukleben, um ein Wiedererkennen durch die Polizei zu erschweren oder sich Telefonnummern von Rechtsbeiständen des sogenannten „Ermittlungsausschusses“ auf den Unterarm zu schreiben. Dieser wird und wurde durch die linke Szene eingerichtet und kümmerte sich um den Verbleib von fest- oder in Gewahrsam genommenen Personen und deren rechtsanwaltliche Vertretung. Dieses Verhalten deutete auf ein vorbereitetes und koordiniertes Vorgehen der Teilnehmer hin und ließ erkennen, dass Personen versuchten, ihre Identifizierung durch die Polizei zu erschweren beziehungsweise sich auf eine spätere vorläufige Festnahme/Ingewahrsamnahme einzustellen.

Im Rahmen eines zweiten Kooperationsgespräches zwischen der Polizei und dem Aufzugsleiter wurde durch die Polizei auf 100 verummte Personen im Aufzug hingewiesen, verbunden mit der Aufforderung an den Aufzugsleiter, dieses zu unterbinden. Gleichzeitig wurde eine seitliche Begleitung dieser Gruppe durch die Polizei angeknüpft. Kurze Zeit später formierte sich der Aufzug im Bereich Große Elbstraße / St. Pauli Fischmarkt, der sich mit 12.000 Teilnehmern, davon circa 3.000 gewaltgeneigte und circa 500 gewaltbereite Personen, in Bewegung setzte. Im vorderen Bereich des Aufzuges befanden sich zwei „Schwarze Blöcke“ mit von der Polizei vor Ort geschätzten insgesamt 1.500 verummten Personen, die durch einen Lautsprecherwagen getrennt waren. Diese im Nachhinein deutlich höher einzuschätzende Zahl von Personen hatten Vermummungsgegenstände angelegt, trugen Kapuzen und Sonnenbrillen sowie Schals und Tücher vor dem Gesicht.

Der Bereich zum Aufstellen war zwischen Polizei und Aufzugsleiter kooperiert worden. Der Abmarsch war zu diesem Zeitpunkt noch nicht - wie regelhaft üblich - bei der Polizei angekündigt worden, um notwendige polizeiliche Maßnahmen (wie zum Beispiel Verkehrsmaßnahmen) rechtzeitig einleiten zu können. Deshalb stand eine hohe Anzahl von Einsatzkräften noch vor dem Aufzug bereit, die sich normalerweise kurz vor Abmarsch weiter vor der Aufzugspitze aufgestellt hätten. Dieses zwischen Polizei und Aufzugsleitung abgestimmte Vorgehen dient insbesondere Aufzugsteilnehmern, die mediale Wirkung der Meinungskundgabe optimal nutzen zu können und Pressevertretern freie Sicht auf den Aufzug zu ermöglichen.

Aufstellungsphase / Abmarschphase / polizeiliche Maßnahmen

Aufgrund der erheblichen Anzahl von verummten Personen an der Spitze des Aufzuges wurde der Aufzug bereits in der Aufstellungsphase durch Einsatzkräfte am Weitergehen gehindert. Der Aufzugsleiter wurde aufgefordert, auf Aufzugsteilnehmer einzuwirken, Vermummungsgegenstände abzulegen. Diesbezügliche Lautsprecherdurchsagen des Aufzugsleiters blieben ohne Wirkung. Durchsagen der Polizei sowohl im vorderen als auch hinteren Teil des Aufzuges führten zu Teilerfolgen, so dass im vorderen Bereich des Aufzuges vereinzelt Vermummungsgegenstände abgelegt wurden, im hinteren Teil des Aufzuges jedoch beibehalten wurde und sich dort im Verlauf noch verstärkte. Die Stimmung im Aufzug war sehr aggressiv. Aufschriften auf mitgeführten Plakaten sowie Sprechchöre richteten sich gegen die Polizei. Viele Teilnehmer wirkten feindselig und gereizt. Die Polizei wiederholte die Durchsagen an die Aufzugsteilnehmer an der Spitze des Aufzuges und am Antreterplatz, Vermummungsgegenstände abzulegen sowie an vermeintlich Unbeteiligte, sich zu entfernen.

Die Polizei veröffentlichte Tweets über Twitter, dass die Vermummung in dem Aufzug abzulegen sei und der Aufzug danach wie geplant durchgeführt werden könnte. Die Durchsagen und die Tweets wurden über einen Zeitraum von circa 40 Minuten wiederholt. Diesen Zeitraum hatten auch die verummten Personen, die Vermummung abzulegen. Da die Vermummung trotz mehrfacher Aufforderung nicht abgelegt wurde, prüfte die Polizei parallel alternative Maßnahmen. Dazu wurde eine erneute Lagebewertung mit dem Ziel vorgenommen, den circa 10.000 friedlichen Aufzugsteilnehmern das Demonstrieren zu ermöglichen. Szenarien und Abläufe auf der geplanten Marschstrecke wurden erörtert und die Polizei prüfte die Frage nach einer geeigneten Möglichkeit für eine mögliche Trennung der „Schwarzen Blöcke“ von den friedlichen Teilnehmern. Im Ergebnis entschied die Polizei, beide „Schwarzen Blöcke“ von den restlichen Aufzugsteilnehmern im Aufstellungsbereich zu trennen, polizeiliche Maßnahmen gegen diese verummten Personen zu richten und damit friedlichen Teilnehmern das Demonstrationsrecht zu ermöglichen (Beachtung des Differenzierungsgebotes). Diese Maßnahmen wurden durch den Polizeiführer entschieden. In den Entscheidungsprozess waren sowohl eine Einsatzjuristin der Polizei, ein Vertreter der Versammlungsbehörde sowie die zwei Einsatzabschnittsführer für den Aufzug beteiligt.

Mit dem Aufzugsleiter sollte eine Fortsetzung des Aufzuges ohne die verummten Personen des „Schwarzen Blöcke“ vereinbart werden. Hierzu wurde dem Aufzugsleiter mitgeteilt, dass alle Vermummungsgegenstände abzulegen seien. Die angestrebte Teilung der „Schwarzen Blöcke“ erforderte eine Umgruppierung von Einsatzkräften, da die ursprüngliche Aufstellung der Polizei darauf ausgerichtet war, dass sich der Aufzug mit allen Teilnehmern auf dem vorgesehenen Marschweg in Bewegung gesetzt hätte. Diese neue Verteilung der Einsatzkräfte benötigte Zeit und umfasste auch, dass sich Einsatzkräfte am Aufzug entlang in Richtung Antreterplatz / St. Pauli Fischmarkt bewegten, um ihre neue Position einzunehmen. Die Polizei bewegte sich lediglich an dem Aufzug vorbei, ohne in irgendeiner Form tätig zu werden. Dann begannen die Gewalttätigkeiten aus den „Schwarzen Blöcken“ heraus. Es kam zu massiven Angriffen mit Latten, Stangen und Flaschen auf die Einsatzkräfte. Polizeibeamte mussten sich mit diesen Störern auseinandersetzen und Zwangsmaßnahmen anwenden, bis eine Abtrennung der „Schwarzen Blöcke“ durchgesetzt werden konnte. Die Einsatzkräfte wurden von mehreren Seiten angegriffen, was das gesamte Vorgehen sehr erschwerte. Die Trennung von friedlichen Teilnehmern und verummten Personen im „Schwarzen Block“ im Bereich Fischmarkt konnte dort durch Einsatzkräfte hingegen weitestgehend ohne größeren Widerstand durchgeführt werden. Während der Maßnahmen der Polizei kletterten zahlreiche Aufzugsteilnehmer aus dem vorderen Blockbereich auf die zwei Meter hohe Flutschutzmauer. Einsatzkräfte wurden fortwährend von Personen auf der Flutschutzmauer angegriffen. Diese Angriffe von der Flutschutzmauer waren massiv. Es flogen Flaschen, Steine und auch Fahrräder auf die Einsatzkräfte. Die Polizei setzte daraufhin Pfefferspray und Wasserwerfer ein. Im Moment des Eingreifens der Polizei kam es zu einem massiven Zusammenwirken zwischen den Personen auf der Flutschutzmauer und den einzuschließenden Vermummten unterhalb der Flutschutzmauer. Einsatzkräfte wurden mit Flaschen und Pyrotechnik beworfen und den von der Straße flüchtenden Störern wurde von unten über die Flutschutzmauer nach oben hochgeholfen, so dass die geplante Separierung durch die Polizei scheiterte und nicht erfolgreich war.

Die zunächst durch die Polizei als Schaulustige, Unbeteiligte und bunt gekleideten Personen auf der Flutschutzmauer waren plötzlich in der Masse schwarz gekleidet und vermummt. Diese Personen waren zu diesem Zeitpunkt aktiv beteiligte Störer und Straftäter an den Ausschreitungen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen wurde abgesetzt der Pressesprecher der Hamburger Polizei von einer Störerguppe attackiert, der sich in ein Fahrzeug der Feuerwehr retten musste.

Da keinerlei Hinweise auf Zuwanderungen von weiteren schwarzgekleideten Personen vorlagen, müssen diese Beobachtungen als Indiz gewertet werden, dass sich weit mehr gewaltbereite Personen im oder Nahbereich des Aufzuges befanden, als ursprünglich durch die Polizei bewertet. Die Anzahl und die Zusammensetzung wurde durch die Polizei anders eingeschätzt. Dieses hohe Maß an Kooperation, Unterstützung und aktiver Gewalt hatte die Polizei nicht erwartet. Nach diesen Auseinandersetzungen verließen größere Personengruppen auf der Flutschutzmauer den Aufzug in Richtung Fischmarkt. Dort setzten sich die Auseinandersetzungen zwischen Störern und der Polizei fort. Der Aufzugsleiter beendete den Aufzug kurz nach 20.00 Uhr telefonisch bei der Versammlungsbehörde.

10. Was the assembly following the intervention at Landungsbrücken considered a new assembly? If so, what was the process of registering the assembly anew? Was the person who registered the original assembly and who re-registered it the same?

Wurde die Versammlung, die sich nach der Intervention an den Landungsbrücken bildete, als neue Versammlung betrachtet? Wenn ja, wie verlief der Prozess der erneuten Registrierung der Versammlung? War die Person, die die Originalversammlung registriert und die sie erneut registriert hat, die- selbe?

Ja. Vor Ort meldete sich ein neuer (also nicht der ehemalige) Versammlungsleiter. Mit diesem wurde um 21:37 Uhr in Absprache mit dem Polizeiführer kooperiert, dass sich die verbliebenen, friedlichen (ehemaligen) Teilnehmer des ursprünglichen Aufzuges im Bereich Landungsbrücken auf die ehemals kooperierte Marschstrecke begeben. Dieser neue Aufzug setzte sich um 21:47 Uhr ab Landungsbrücken mit circa 2.000 Teilnehmern in Bewegung.

11. How many arrests were made in connection with this assembly? How many charges were brought?

Wie viele Festnahmen gab es im Kontext dieser Versammlung?

Am 06.07.2017, 15:00 Uhr bis 21:00 Uhr, wurden 14 Personen vorläufig festgenommen.

12. How many police officers were injured? How many protesters?

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und wie viele Protestierende wurden verletzt? 10

Am 06.07.2017 wurden 237 Beamtinnen und Beamte verletzt. Zahlen von verletzten Versammlungsteilnehmern liegen der Polizei nicht vor.

13. Did the events and experiences at this assembly result in changes of the police tactics for the following days?

Haben die Ereignisse und Erfahrungen bei dieser Versammlung zu Änderungen der Polizeitaktik für die folgenden Tage geführt?

Nein. Die Ereignisse des 06.07.2017 waren trotz ihrer Intensität eine Bestätigung der Lageeinschätzung der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes und die Abfolge beziehungsweise das Agieren der gewaltbereiten und gewalttätigen Klientel stellten für die Polizei- und Einsatzabschnittsführer keine unbekannten Verhaltensmuster dar. Auch im Vergleich zu ähnlichen Versammlungen in der Vergangenheit waren Parallelen zu erkennen. Insofern bot der Einsatz rund um diese Versammlung keinen Anlass für eine grundlegende Änderung der Einsatzkonzeption für die Folgetage, zumal direkt im Anschluss an die Ereignisse der Demonstration „Für eine solidarische Welt – gegen den G20-Gipfel“ noch zwei sich spontan bildende Aufzüge mit kritischem Potenzial durch die Polizei begleitet, zusammengeführt und bis zum geplanten Endkundgebungsplatz begleitet wurden.

Bildungsstreik (7 July)

1. How many police officers facilitated this assembly (specific units and responsibilities)?

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte waren an der Begleitung und am Schutz dieser Versammlung beteiligt (verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten)?

Im zuständigen Einsatzabschnitt Gegenveranstaltungen waren insgesamt 1.045 Beamtinnen und Beamte eingesetzt. Eine detailliertere Kräfteaufschlüsselung ist nicht möglich.

2. What is the police's estimation of the number of participants?

Wie hoch war die Zahl der Teilnehmenden gemäß polizeilicher Schätzungen?

Der Aufzug startete mit circa 500 Teilnehmern. Er erhielt auf dem folgenden Marschweg Zulauf, so dass sich am Endkundgebungsplatz letztlich rund 1.500 Personen einfanden. Da es sich bei dem Endkundgebungsplatz um dieselbe Räumlichkeit handelte, die die linksextremistische Klientel als Sammelpunkt für geplante Blockadeaktionen im Zusammenhang mit dem für den Abend geplanten Konzert in der Elbphilharmonie ausgegeben hatte, erfolgte im Anschluss weiterer Zulauf, so dass die Versammlung mit 5.000 Teilnehmern beendet wurde. Die weiter anwachsende Personenansammlung wuchs letztlich bis auf circa 7.000 Personen an und formierte sich zu einem Spontanaufzug.

3. What was the pre-event cooperation and communication with the organizer like?

Wie verlief die vorausgehende Kooperation und Kommunikation mit den Organisierenden?

Dem Veranstalter wurde im Rahmen der Kooperation mitgeteilt, dass der angemeldete Marschweg im Geltungsbereich der erlassenen Allgemeinverfügung liege und daher eine Alternativroute gefunden werden müsse. Nachdem die Anmelder zunächst auf den angemeldeten Marschweg bestand, konnte im weiteren Verlauf der Gespräche der endgültige Marschweg vereinbart werden.

4. Were there any arrests made in relation to this assembly? Were there any police actions in the vicinity of Millerntorplatz when people were dispersing? Did police make any arrests? Were there any injuries?

Gab es Festnahmen im Rahmen dieser Versammlung? Gab es Polizeieinsätze in der Nähe des Millerntorplatzes, als sich die Versammlung zerstreute? Hat die Polizei irgendwelche Verhaftungen vorgenommen? Gab es irgendwelche Verletzungen?

Dieser Aufzug verlief friedlich. Festnahmen und Verletzte gab es in diesem Zusammenhang nicht. Während der eigentlichen Versammlung wurden die polizeilichen Maßnahmen durch

den Einsatzabschnitt Gegenveranstaltungen getroffen. Der Einsatzabschnitt Eingreifkräfte war zunächst nicht beteiligt und wurde erst unterstellt, als nach Ende des Aufzuges am Millerntorplatz weitere Personengruppen zu den Teilnehmern des vorherigen Aufzuges hinzukamen und sich unmittelbar anschließend eine Vielzahl von äußerst gewalttätigen Straßengruppen in Richtung Hafen bewegte. In diesem Bereich bereitgestellte Polizeieinheiten des Einsatzabschnitts Eingreifkräfte waren nun insbesondere mit dem Auftrag eingesetzt, Straßerbewegungen in Richtung Elbphilharmonie zu verhindern. An mehreren Orten wurden die Einsatzkräfte bei dem Versuch, die Straßengruppen aufzuhalten, sofort angegriffen. Die Gewaltwirkungen auf die Polizeikräfte waren so massiv, dass eine ganze Hundertschaft den spezifischen Funknotruf für „Polizeibeamte in Not“ absetzte. In dieser Phase erlitten zahlreiche Polizeibeamtinnen und -beamte Verletzungen, so dass einige Einheiten erheblich in ihrer personellen Stärke reduziert wurden. Maßnahmen einer konsequenten Strafverfolgung mussten vorerst zurückgestellt werden. Priorität hatte die Abwehr der Angriffe auf die Polizei. Zeitversetzt konnten zwei Personen festgenommen werden, außerdem wurden 40 Identitätsfeststellungen durchgeführt.

5. Was there a specific reason why so many officers on the route of this assembly were wearing helmets? Was it intended because of the general situation on 6 and 7 July, or were there considerations regarding this particular assembly as well?

Gab es spezifische Gründe, warum so viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf der Route dieser Versammlung Helme trugen? Wurden die Helme in Reaktion auf die generelle Situation am 6. Und 7. Juli getragen oder gab es spezifische Erwägungen bezüglich des Bildungstreiks?

Einsatzhelme werden zur Eigensicherung grundsätzlich getragen, wenn entsprechende Gefahren für die Einsatzkräfte nicht auszuschließen sind. Diese Situation war hier gegeben.

6. How were the police communicating with the organizers during the assembly?

Wie hat die Polizei mit den Organisierenden während der Versammlung kommuniziert?

Die Polizei hatte während der Versammlung ständigen Kontakt zur Versammlungsleitung.

G20 intern (7 July)

1. When was the location of the assembly decided? Was this assembly registered as a march or was it supposed to be a static assembly? Were any restrictions/conditions imposed due to the route or did the organizer decide on her/his own to hold “only” a static assembly? Has there been any further communication with the organizers prior to the assembly and after the events of the previous day?

Wann fiel die Entscheidung hinsichtlich des Ortes dieser Versammlung? War die Versammlung als Protestzug oder als ortsgebundene Versammlung registriert? Gabe es irgendwelche Restriktionen/Bedingungen im Zusammenhang mit der geplanten Route oder entschieden die Organisierenden selbst nur eine ortsgebundene Versammlung abzuhalten? Gab es weiteren Informationsaustausch mit den Organisierenden vor der Versammlung bzw. nach den Vorfällen des vorangegangenen Tages?

Der Veranstalter meldete im Mai 2017 zunächst einen Aufzug an, dessen Marschweg den Geltungsbereich der Allgemeinverfügung betrafte. Ein Kooperationsgespräch wurde ergebnislos beendet. Erst am 05.07.2017 wurde seitens des Veranstalters eine Nachmeldung mit geänderter Route eingereicht und am 06.07.2017 durch die Versammlungsbehörde bestätigt.

Am 07.07.2017 sagte der Veranstalter telefonisch ohne Angabe von Gründen den Aufzug ab und meldete stattdessen eine stationäre Versammlung an.

G20 Nord and Youth against G20 – a march prior to the biggest assembly (8 July)

1. When was the route notified to the authorities changed? According to information available to OSCE/ODIHR, the route was supposed to be a little longer.

Wann wurde die offiziell angemeldete Route geändert? Laut Unterlagen, die dem OSZE-BDIMR vorliegen, sollte die Strecke etwas länger sein.

Der Marschweg wurde durch die Leiterin des Aufzuges selbst bei der Verbindungsaufnahme mit dem verantwortlichen Polizeibeamten vor Ort aufgrund einer niedrigen Teilnehmerzahl geändert und nach erfolgter Rücksprache mit dem Polizeiführer auch so durchgeführt.

International solidarity against G20 (8 July)

1. How many police officers facilitated this assembly (specific units and responsibilities)?

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten waren an der Begleitung und am Schutz dieser Versammlung beteiligt (verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten)?

Der in Rede stehende Aufzug wird bei der Polizei unter dem Tenor „G20 – not welcome!“ geführt. Im Einsatzabschnitt Gegenveranstaltungen waren insgesamt 1.694 Beamtinnen und Beamte eingesetzt. Eine detailliertere Kräfteaufschlüsselung ist nicht möglich.

2. What is the police's estimation of the number of participants?

Wie hoch war die Zahl der Teilnehmenden gemäß polizeilichen Schätzungen?

Nach Einschätzung der Polizei war dieser Aufzug mit circa 50.000 Teilnehmern die größte Protestkundgebung im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel.

3. What was the cooperation and communication with the organizer like?

Wie verlief die Kooperation und Kommunikation mit den Organisierenden?

Die Versammlung wurde bereits im November 2016 bei der Versammlungsbehörde angemeldet. In insgesamt fünf persönlichen Gesprächen, aber auch in vielen Telefonaten und Mails mit dem Anmelder und dessen Rechtsbeistand, wurde ein endgültiger Ablauf kooperiert. Während der Durchführung der Versammlung stand die Einsatzführung der Polizei in ständigem Kontakt zur Versammlungsleitung. Die Kooperation verlief problemlos.

4. Were there any problems, challenges regarding approving the route that the march took? Please elaborate.

Gab es irgendwelche Probleme hinsichtlich der Genehmigung der Versammlungsroute? Wenn ja, welche waren das?

Zunächst ist festzustellen, dass der Veranstalter aus organisatorischen Gründen selbst mehrfach den Ablauf der Versammlung änderte. Hauptstäbliche Problemfelder aber waren die vom Anmelder beanspruchten Straßenzüge im Bereich der Innenstadt und die Durchführung der Schlusskundgebung auf dem Heiligengeistfeld. Diese Fläche fiel ebenso wie ein Großteil des

angemeldeten Marschweges in den Geltungsbereich der erlassenen Allgemeinverfügung. Darüber hinaus stand der gewünschte Endkundgebungsplatz wegen Bauarbeiten auf dem Heiligengeistfeld faktisch nicht zur Verfügung.

5. Were any participants prevented from joining the march?

Wurden Teilnehmenden aufgehalten, sich der Versammlung anzuschließen?

Nein. Dieses ist der Polizei nicht bekannt.

6. Please share laws and regulations under which insignia of various Kurdish organizations are banned – at public assemblies and more generally in public.

Könnten wir weitere Informationen über Gesetze und Vorschriften erhalten, nach denen Abzeichen verschiedener kurdischer Organisationen verboten sind - auf öffentlichen Versammlungen und generell in der Öffentlichkeit.

Informationen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) aus dem Jahr 2017 zum Thema „Vollzug des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in Form einer Bewertung der aktuell verwendeten Organisationsbezeichnungen und der hieraus folgenden Kennzeichen der PKK sowie eine grafische Darstellung der verbotenen Symbolik sind als Anlage 2 und 3 beigefügt [Hinweis: nicht veröffentlicht, da Dokument BMI]

7. Given the presence of the camera van at Meßberg: is there systematic recording of demonstrations? What is the practice? Are recordings made also if there is no indication of any offences being committed? And if so, for what purpose? Who does such recordings? What happens with the recordings? How long are they retained?

Angesichts der Präsenz eines Kamerawagens am Meßberg stellt sich die Frage, ob Demonstrationen systematisch aufgezeichnet werden? Was ist die genaue Praxis bezüglich Videoaufnahmen? Werden Aufzeichnungen auch dann gemacht, wenn es keine Anzeichen für potenzielle Regelverstöße gibt? Wenn ja, was ist das Ziel dabei? Wer macht diese Aufnahmen und was passiert mit dem Bildmaterial? Wie lange wird das Material gespeichert?

Siehe Ausführungen zu I.A. General questions /Seite 7, Antwort 10.

8. Please inform us about any incidents at the assembly, or in relation to this assembly, especially those regarding 'black bloc'. How many arrests were made at Millerntorplatz?

Bitte informieren Sie uns über ungewöhnliche Vorfälle, welche sich während der Versammlung oder im weiteren Kontext dieser Versammlung ereigneten, besonders bezüglich der Schwarzen Block Taktik. Wie viele Festnahmen gab es am Millerntorplatz?

Aufgrund des unbestimmten Begriffes „ungewöhnliche Vorfälle“ ist keine gezielte Auswertung seitens der Polizei möglich. Nachfolgend werden Ereignisse aufgeführt, die nach Einschätzung der Polizei die Zielrichtung der Frage beantworten könnten. Am Ende des Aufzuges befand sich eine Gruppe von circa 150 Personen, die sich durch Transparente vorn und seitlich abgrenzte. Diese Gruppe war schwarz gekleidet, teilweise verumumt und zeigte ein Transparent „RAH = Roter Aufbau Hamburg“. Dahinter befand sich ein dieser Gruppe zuzuordnender LKW. Aus der Gruppe heraus wurden um 15:05 Uhr mehrere Sachbeschädigungen im Bereich Ludwig-Erhard-Straße/Herrengraben durch „Sprayen“ begangen. Um 15:17 Uhr gingen Einsatzkräfte unter Anwendung unmittelbaren Zwangs gegen diese Gruppe vor und drängten sie aus dem Aufzug. Die eingesetzten Kräfte wurden dabei massiv mit Holzstangen angegriffen. Die Personen konnten in Richtung Micheltreppen flüchten. Der Aufzugsleiter wurde um 15:21 Uhr

von der Polizei über die Maßnahme informiert. Die Gruppe RAH formierte sich wenig später neu und gliederte sich unter seitlicher Begleitung von Einsatzkräften ohne Vermummung wieder in den Aufzug ein.

Um 15:37 Uhr erreichte die Aufzugsspitze den Endkundgebungsort. Ab 16:00 Uhr setzten Abwanderungsbewegungen verstärkt über den Bereich Alten Elbpark ein. Aufgrund sich fortsetzender, starker Abwanderungen kam es im Bereich des U-Bahnhofes St. Pauli in der Folge zu Problemen beim Transport der ehemaligen, sehr zahlreichen Versammlungsteilnehmer mit der U-Bahn. Der U-Bahnhof musste daraufhin temporär gesperrt werden. Aufgrund einer Festnahme durch Einsatzkräfte im Alten Elbpark um 17:16 Uhr kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Versammlungsteilnehmern und der Polizei auf dem Millerntorplatz. In diesem Zusammenhang erfolgte dort eine Festnahme.

Im Bereich des Endkundgebungsortes hielten sich um 18:15 Uhr noch circa 4.000 Teilnehmer auf, es herrschte eine ausgelassene, entspannte Stimmung. Um 19:23 Uhr befanden sich noch 2.150 Teilnehmer vor Ort und verfolgten Rede- und Musikbeiträge. Die Versammlung wurde um 20:38 Uhr durch den Versammlungsleiter beendet. Es kam zu keinen weiteren Vorkommnissen.

9. What was the reason the police moved into the park, where people had gathered? Was there any threat that evoked police movements and measures in this area?

Was waren die Beweggründe, weshalb die Polizei in den Park einzog, in dem sich Personen versammelt hatten? Gab es eine Bedrohung, die Polizeibewegungen und Maßnahmen in diesem Gebiet auslöste?

Im Park wurde ein wiedererkannter Straftäter vorläufig festgenommen.

Hamburg zeigt Haltung (8 July)

1. How many police officers facilitated this assembly (specific units and responsibilities)?

Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten waren an der Begleitung und am Schutz dieser Versammlung beteiligt (verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten)?

Im Einsatzabschnitt Gegenveranstaltungen waren insgesamt 1.694 Beamtinnen und Beamte eingesetzt. Eine detailliertere Kräfteaufschlüsselung ist nicht möglich.

2. What was the cooperation and communication with the organizer like?

Wie verlief die Kooperation und Kommunikation mit den Organisierenden?

Aufgrund der bereits im März 2017 erfolgten Anmeldung dieser Versammlung bei der Versammlungsbehörde konnte eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit der Anmelderin erfolgen. Die sich anschließende Kooperation verlief vertrauensvoll. Dieses setzte sich auch bei der Durchführung der Versammlung weiter fort.



Anlage 1

Erläuterung zur Ingewahrsamnahme:

Unter „Polizeigewahrsam“ versteht man den polizeilichen Personengewahrsam zum Zwecke der Gefahrenabwehr. Er gehört zu den polizeilichen Standardmaßnahmen. Rechtsgrundlage sind die Polizeigesetze der Bundesländer und des Bundes. Der rein präventive Polizeigewahrsam ist anders als die Verhaftung keine Maßnahme der Strafverfolgung und setzt keinen Haftbefehl voraus. Es wird auch nicht zwangsläufig ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In Hamburg ist die „Ingewahrsamnahme“ in § 13 SOG (Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Hamburger Landesgesetz) geregelt.

§ 13 SOG Gewahrsam von Personen

(1) Eine Person darf in Gewahrsam genommen werden, wenn diese Maßnahme

1. zum Schutz der Person gegen eine Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist, insbesondere weil die Person sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in hilfloser Lage befindet,
2. unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit oder einer Straftat zu verhindern; die Begehung oder Fortsetzung steht insbesondere unmittelbar bevor, wenn die Person früher mehrfach in vergleichbarer Lage bei der Begehung einer derartigen Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit oder einer Straftat als Störer in Erscheinung getreten ist und nach den Umständen eine Wiederholung der Straftat oder Ordnungswidrigkeit bevorsteht,
3. unerlässlich ist, um eine Platzverweisung nach § 12 a durchzusetzen,
4. unerlässlich ist, um ein Betretungsverbot, ein Aufenthaltsverbot, ein Kontakt- oder Näherungsverbot nach § 12b durchzusetzen oder

5. unerlässlich ist, um private Rechte zu schützen, und eine Festnahme der Person nach § 229 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässig wäre.

(2) Minderjährige, die sich der Obhut der Sorgeberechtigten entzogen haben, dürfen in Gewahrsam genommen werden, um sie dem Sorgeberechtigten oder dem Jugendamt zuzuführen.

(3) Eine Person, die aus dem Vollzug von Untersuchungshaft, Freiheitsstrafen, freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung oder einer sonstigen durch richterliche Entscheidung angeordneten oder genehmigten Freiheitsentziehung entwichen ist oder sich sonst ohne Erlaubnis außerhalb der Einrichtung aufhält, darf in Gewahrsam genommen und in die Einrichtung zurückgebracht werden.

Erläuterung zur Festnahme

Der Begriff „Festnahme“ bezeichnet das vorläufige Festhalten einer Person gemäß gesetzlicher Bestimmungen aus dem Strafprozess- oder Zivilrecht.

Durch eine Festnahme greifen die Beamten des Staates in die Grundrechte der betroffenen Person ein, insbesondere die Freiheit der Person (im Sinne der physischen Bewegungsfreiheit) gemäß Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (GG) und Artikel 104 Grundgesetz (GG). Letztere Norm enthält einen ausdrücklichen Gesetzesvorbehalt. Die Festnahme durch Staatsanwaltschaft oder Polizeibeamte ist immer vorläufiger Natur. Mit ihr gehen nicht nur ein Grundrechtseingriff, sondern ebenso die (theoretische) Verwirklichung der Straftatbestände der Nötigung (vgl. § 240 Absatz 1 Strafgesetzbuch [StGB]) oder Freiheitsberaubung (vgl. § 239 Absatz 1 StGB) einher. Die Festnahme im Rahmen der gesetzlichen Grenzen ist allerdings gerechtfertigt, sodass die Rechtswidrigkeit der vorstehenden Taten entfällt. Der § 127 Strafprozessordnung (StPO) regelt in Deutschland das vorläufige Festnahmerecht zur Verfolgung von Straftaten im Rahmen des Strafprozessrechts.

§ 127 Vorläufige Festnahme

(1) ¹Wird jemand auf frischer Tat betroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Identität nicht sofort festgestellt werden kann, jedermann befugt, ihn auch ohne richterliche Anordnung vorläufig festzunehmen. ²Die Feststellung der Identität einer Person durch die Staatsanwaltschaft oder die Beamten des Polizeidienstes bestimmt sich nach § 163b Abs. 1.

(2) Die Staatsanwaltschaft und die Beamten des Polizeidienstes sind bei Gefahr im Verzug auch dann zur vorläufigen Festnahme befugt, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls oder eines Unterbringungsbefehls vorliegen.

(3) ¹Ist eine Straftat nur auf Antrag verfolgbar, so ist die vorläufige Festnahme auch dann zulässig, wenn ein Antrag noch nicht gestellt ist. ²Dies gilt entsprechend, wenn eine Straftat nur mit Ermächtigung oder auf Strafverlangen verfolgbar ist.

(4) Für die vorläufige Festnahme durch die Staatsanwaltschaft und die Beamten des Polizeidienstes gelten die §§ 114a bis 114c entsprechend.

Erläuterung zur Verhaftung

Der in der Praxis wichtigste Haftbefehl ist der Untersuchungshaftbefehl, dessen Voraussetzungen in den §§ 112 ff. StPO geregelt sind. Der Untersuchungshaftbefehl ist abzugrenzen von dem Vollstreckungshaftbefehl gegen rechtskräftige Urteile, welcher in den §§ 451 ff. StPO geregelt ist. Durch einen Untersuchungshaftbefehl wird richterlich die Untersuchungshaft eines Beschuldigten angeordnet. Der Untersuchungshaftbefehl dient der Durchführung eines geordneten Strafverfahrens und der Sicherung der späteren Strafvollstreckung. Voraussetzungen für einen solchen Haftbefehl sind ein dringender Tatverdacht und ein Haftgrund (§§ 112, 112a StPO). Außerdem muss der Haftbefehl verhältnismäßig sein. Der Haftbefehl wird durch die Verhaftung vollstreckt. Diese obliegt der Staatsanwaltschaft, die sich dabei der Polizei bedient.

§ 114 StPO Haftbefehl

(1) Die Untersuchungshaft wird durch schriftlichen Haftbefehl des Richters angeordnet.

(2) In dem Haftbefehl sind anzuführen

1. der Beschuldigte,

2. die Tat, deren er dringend verdächtig ist, Zeit und Ort ihrer Begehung, die gesetzlichen Merkmale der Straftat und die anzuwendenden Strafvorschriften,

3. der Haftgrund sowie

4. die Tatsachen, aus denen sich der dringende Tatverdacht und der Haftgrund ergibt, soweit nicht dadurch die Staatssicherheit gefährdet wird.

(3) Wenn die Anwendung des § 112 Abs. 1 Satz 2 naheliegt oder der Beschuldigte sich auf diese Vorschrift beruft, sind die Gründe dafür anzugeben, dass sie nicht angewandt wurde.